

Inhaltsverzeichnis



3 Editorial
Neunzehnhundertneun-
undneunzig

4 Umverkehr
Freie Fahrt für alle...

6 Elektrosmog 1. Teil
Mega unsicher -
gigasicher?

8 Regierungsrat
Wende in der Asylpolitik?

9 Spitalplanung
Die Eingleichung
geht weiter !



10 Zivildienst
Die Alternative
zum Militärdienst

12 Schwarzarbeit
Härtere Sanktionen für
fehlbare Arbeitgeber

14 Kantonsrat
Smalltalk

15 10 Jahre GSoA-Abstimmung
Solidarität statt Soldaten

16 Mobility
«Noch ein grosses
Potential !»

18 Aufgegleist
«Die Leute
werden staunen!»



22 Nationalratswahlen 1
Linke gefordert !

24 Nationalratswahlen 2
Stimmen gewonnen
- Sitz verloren

26 Nationalratswahlen 3
Die SVP erntet die Früchte
der Geistigen Landesvertei-
digung

28 Serviceteil
Film
Buch
Frontal
Fliz
Veranstaltungen
Impressum



Neunzehnhundertneunundneunzig

6. *Dezember – während kleine und grosse Kinder mit Spannung auf Samichlaus und Schmutzli warten und sich im Magen ein mulmiges Gefühl ausbreitet, sitzen wir am Redaktionstisch bei unfertigen Manuskripten, trockenen Nüssli und Lebkuchen. Wir tun dem Samichlaus gleich und denken über mehr und weniger Lobenswertes des zu Ende gehenden politischen Jahres nach.*

Hand aufs Herz, seit Ihr am 24. Oktober wählen gegangen? Zugegeben, es ist lange her, aber die nächsten Abstimmungen kommen bald. Dann gibt es die Möglichkeit, gutzumachen was bei den Wahlen verpasst worden ist. Mit der Umverkehrsinitiative kommt z.B. ein Thema vors Volk, das von engagierten VerkehrshalbiererInnen lustvoll und witzig aufbereitet wird.

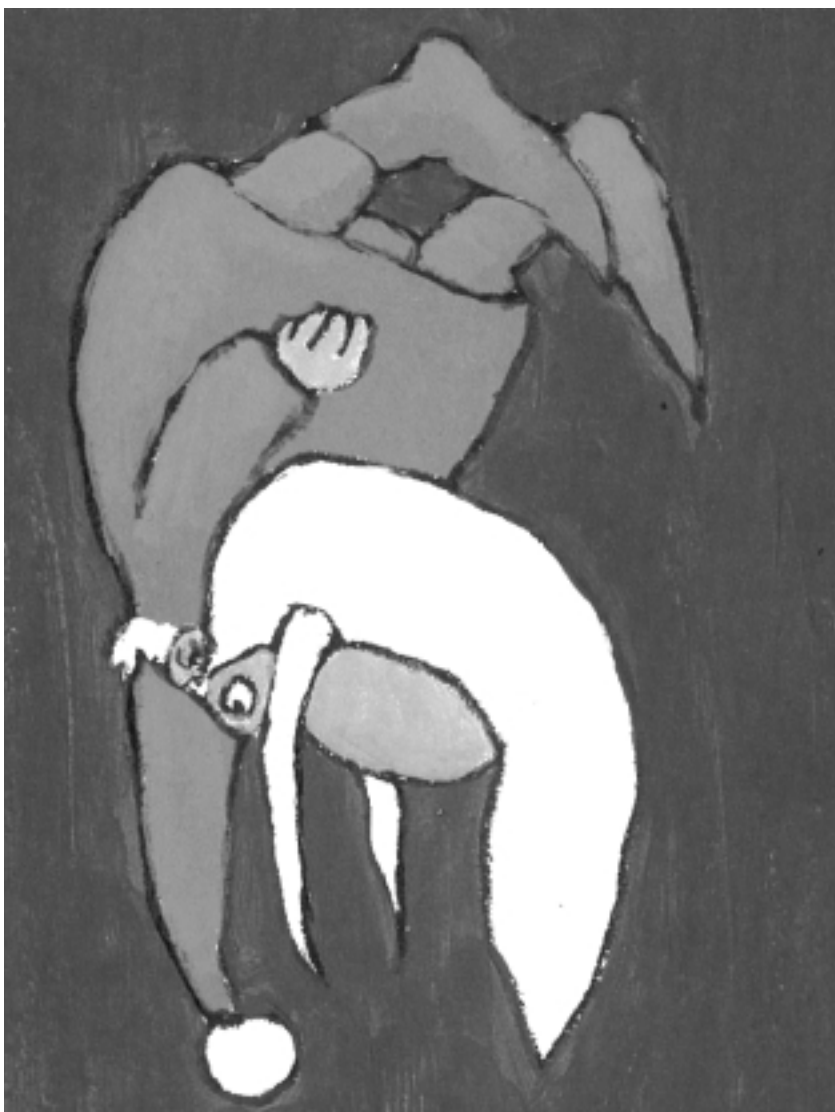
Der enttäuschende Ausgang der Nationalratswahlen hat uns zwar einen Augenblick gelähmt, doch frustriert an Nüssli und Mandarinli zu knabbern, hilft auch nicht weiter. Drum schauen wir vorwärts und widmen uns in dieser Ausgabe Themen wie S-Bahnnetz Innerschweiz, Asylbetreuung im Zivildienst, Elektromog...SVP (hängt uns zwar zum Hals heraus, doch der spannende Beitrag von Josef Lang hat uns überzeugt). Schwarzarbeit - auch im Kanton Zug - ist ein Thema, worüber im Bulletin noch nie geschrieben wurde. Bruno Bollingers aufschlussreicher Artikel handelt von den weniger bekannten Tatsachen dieser Problematik.

Dies alles und viel mehr sind uns 32 statt 28 Seiten wert. Vier Seiten mehr - ein Geschenk für Euch vom Weihnachtsmann, äh -frau, äh...

Übrigens haben wir auf das frisch gestrichene Bulletin angestossen, uns an den Loben gelabt und freuen uns weiterhin über Rückmeldungen aus unserem LeserInnenkreis.

Die Redaktion

PS: Das Bulletin ist Millenniumstauglich und falls Ihr abstürzen solltet, wünschen wir eine sanfte Landung im Jahr 2000.





Bereits am 12. März 2000 wird über die Verkehrshalberungs-Initiative abgestimmt. Sie bietet die Chance, die insgesamt relativ erfolgreiche Verkehrspolitik der Schweiz im Güterverkehr auf den gesamten Verkehrsbereich konsequent auszuweiten und fortzusetzen - damit wir in Zukunft wieder freier atmen, ruhiger schlafen, besser und gesünder leben können.

Umverkehr; Bilder Umverkehr, Urs Bachmann

... bedeutet mehr Zukunft für alle

Die Initiative des Vereins umverkehrR verlangt eine Halbierung des privaten motorisierten Strassenverkehrs innerhalb von zehn Jahren nach Annahme der Initiative. Das sind die notwendigen Dimensionen, wenn man die Klimakon-

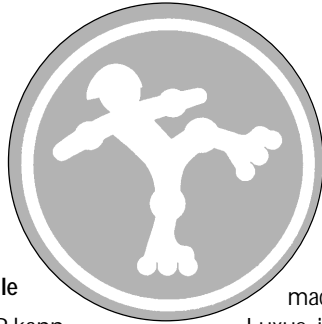
vention ernst nehmen und die Mobilität auch für unsere Kinder und Enkelkinder sicherstellen will.

Das Initiativkomitee propagiert für die Umsetzung ein Bündel von wirtschafts- und sozialverträglichen Massnahmen wie den Ökobonus, d.h. eine Lenkungsabgabe, die wieder an die Bevölkerung zurückerstattet wird, die Förderung von neuen Fahrzeugtechnologien, von Tram, Bus und Bahn, von Car-Sharing und Car-Pooling oder die Schaffung autoarmer Zonen. So entstehen neue Formen der Mobilität und es wird eine verkehrspolitische Trendwende hin zu neuen Mobilitätskonzepten eingeleitet, um die wir längerfristig auch international nicht herumkommen.

... führt zu mehr Gesundheit für alle

Halb so viel Strassenverkehr bedeutet weniger Unfälle, weniger Allergien, weniger Asthma, weniger frühzeitige Todesfälle oder Leistungsverminderung

wegen Lärmbelastung und erhöhter Ozonwerte. Bundesrat Leuenberger stellt in der Broschüre des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) zum Thema Sommersmog fest: «Um saubere Luft zu erhalten, müssen die für Sommersmog verantwortlichen Vorläufersubstanzen nochmals halbiert werden». Mit technischen Massnahmen allein wird dies jedoch kaum möglich sein. Denn was nützen die besten Abgasvorschriften und technischen Errungenschaften zur Senkung des Energieverbrauchs, wenn diese Erfolge durch ein ungebremstes Wachstum der Verkehrsmenge gleich wieder zunichte gemacht werden. Die Verkehrshalberungs-Initiative fördert mit der Forderung nach Kostenwahrheit (mit einem auf dem Benzin erhobenen Ökobonus) klar auch emissionsärmere Autos. Aber es braucht zusätzlich eine Intensivierung aller bisherigen Ansätze in Richtung Reduktion der Fahrleistung.



... bringt mehr Arbeitsplätze für alle

Freie Fahrt für alle heisst: jedeR kann für einen Weg das passende und effizienteste Transportmittel wählen. Das kann das Auto sein, muss aber nicht. Die Initiative schafft Platz für Innovationen. Neue Rufbussysteme, Car-Sharing-Unternehmen wie Mobility, öffentliche Taxis, Wagon- und Schienenbau, Bus und Bahn, Reregionalisierung sind einige Stichworte. In der Automobilindustrie werden Arbeitsplätze massiv wegrationalisiert. Das Festhalten an veralteten Strukturen gefährdet langfristig Arbeitsplätze. Die Initiative gibt der Schweiz die Chance, eine internationale Vorreiterrolle bei der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen einzunehmen. Springen wir auf diesen Zug auf, bevor er abgefahren ist.

... heisst mehr Genuss für alle

Halb so viel Strassenverkehr ist nicht nur vernünftig, sondern auch ein angenehmer «Luxus», den wir uns leisten sollten. In den 30-er bis 50-er Jahren wollte man den Luxus Auto allen zugänglich

machen. Heute ist es Luxus, in einer autoarmen Umgebung wohnen zu können. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung, sind gezwungen, an lärmigen und abgasreichen Strassen zu wohnen. Mit halbsoviel Strassenverkehr können Quartiere und Plätze ohne verkehrstechnische Probleme und ohne neue Umfahrungsstrassen wieder allen zugänglich gemacht werden. In autoarmen Zonen finden Strassencafés und Geschäfte mehr Kunden, Städte und Tourismusorte können aufatmen. Kinder können unbeschwerter spielen.

Auch für Autofahrerinnen und Autofahrer eine sinnvolle Option

Bei einer Annahme der Initiative wird das Auto niemandem weggenommen. Vielmehr sollen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass jeder und jede frei entscheiden kann, welches Verkehrsmittel er oder sie wählt. Wichtig ist deshalb, dass bequeme und effiziente Alternativen zur Verfügung stehen. Nie-

mand, der ein Auto fährt, muss um seine Mobilität bangen. Im Gegenteil, wenn wir nichts an unserer Verkehrspolitik ändern, droht uns der Verkehrskollaps.

Es macht keinen Sinn, die Verkehrsprobleme mit dem Bau von immer noch mehr Strassen zu bekämpfen. Die Grenzen der bestehenden Kapazitäten würden spürbar, meint auch Heinz Gutscher, Sozialpsychologe, der die «Stauweg!-Woche» im Kanton Aargau beim Baregg-Tunnel mitbetreut hat. Jetzt geht es darum, die Verkehrsflächen sinnvoll und intelligent zu bewirtschaften. Mehr Verkehr führt zu mehr volkswirtschaftlich schädlichem Stau, eine Reduktion der Verkehrsmenge kann die Staus erheblich minimieren. «Wenn wir so weitermachen, hat am Schluss gar niemand mehr Freude an der Mobilität; deshalb brauchen wir diese Diskussion um die Initiative», gibt Heinz Gutscher zu bedenken...

Informationen über Umverkehr: Postfach, 8036 Zürich, Tel. 01 242'72'76, Fax 01 242'72'40, e-mail: zh@umverkehr.ch



Mega unsicher - gigasicher?

Die rasante Aufrüstung im hochfrequenten Mobilfunkbereich und die Leistungserhöhungen bei den Starkstromverbindungen haben das schon lange bekannte, aber eher verdrängte Phänomen in der Bevölkerung neu aktualisiert. Im Schnellverfahren und ohne Volkswiderstand konnte Swisscom ihr Betriebsnetz erstellen. Publik gewordene Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Antennenstandorten verunsichern eine wachsende Anzahl Bürger. Behörden suggerieren Sicherheit mit Grenz- und Vorsorgewerten. Wie «vollwertig» sind diese?

von Kurt Jordan, Infoverein Elektrosmog Zug

Auch im Zuger Herti-Quartier formierte sich Widerstand gegen eine geplante Mobilfunkantenne der Firma Orange Communications SA. Die Sammeleinsprache mit ca. 400 Unterschriften blieb ohne Einfluss auf das Bewilligungsverfahren. Das Okay liegt bei diesem Fall gleich doppelt vor, denn Grundeigentümerin für diesen Antennenstandort ist die Stadt Zug selber. 400 Einsprachen würden ein anderes Bauvorhaben sicher zu Fall bringen. Weshalb hier nicht?

Im Zusammenhang mit Natel-Antennen entstehen elektromagnetische Felder, für deren Wahrnehmung der Mensch keine Sensoren hat. Für viele unter uns gilt deshalb immer noch: Was ich nicht höre, sehe, rieche und spüre, gibt es nicht. Die Meinung, dass harmlos sei, was nicht unmittelbar Schaden anrichtet, ist weit verbreitet. Wer glaubt, E-Smog-Einfluss könnte seine Gesundheit beeinträchtigen, wird gerne als Hypochonder, Esoteriker oder eben als Techno-Feind in die Extremisten-Ecke gestellt. Ist Skepsis und Unbehagen überhaupt

erlaubt, wenn doch gestandene Wissenschaftler in aller Welt die Sache prüfen, oder wenn sich die Schweiz wie auch die WHO auf die Vorgaben der Internationalen Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) abstützen und den Bund, die Kantone und Gemeinden zusätzlich anhalten, bei solchen Bauprojekten Freihaltezonen sowie Zonen empfindlicher Nutzung (Wohnen, öffentliche Nutzung, etc.) zu kontrollieren?

Im Kanton Zug wurde der internationale Immissionsgrenzwert, den auch das BUWAL in den aktuellen Richtlinien im Entwurf der NIS-Verordnung übernommen hat, laut Zuger Amt für Umweltschutz (AfU) bei allen bis jetzt eingegangenen Baugesuchen unterschritten. Das AfU wendet im Sinne der Vorsorge den 10 % Immissionsgrenzwert an, d.h. bei der nächstgelegenen empfindlichen Nutzung zur Sendeanlage muss es in Zug 90 % weniger strahlen als «international». Das müsste doch die letzten Angsthasen beruhigen.

Nichts Beruhigendes in Sicht

Die Arbeitsgruppe «Nichtionisierende Strahlung» NIS berät das BUWAL in Fragen der biologischen Wirkungen. Obwohl diese Beratungsgruppe viele Studien zur detaillierten Beurteilung heranzieht, zeigt sich ein Bild der Einseitigkeit. Neuere Erkenntnisse fließen mangels wissenschaftlicher Kriterien bei der Grenzwertempfehlung nicht ein, ebenso Ergebnisse, die nur von einer einzigen Forschergruppe gefunden wurden. Vieles bleibt noch unerforscht, kann nicht beurteilt werden, weil kein Wirkungsmodell vorliegt...

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments wirft in seinem Beschlussesentwurf vom März 1999 der EU und der WHO vor, bislang die Ergebnisse einer grossen Zahl wissenschaftlicher Publikationen ignoriert zu haben! Verschiedene bedeutungsvolle Quellen weisen auf wei-

tere Grenzwertmankos hin:

Die Grenzwerte berücksichtigen generell nur kurzfristige und monokausale Effekte. Synergistische Effekte und Langzeitwirkungen blieben völlig unbeachtet.

Sie basieren auf Mehrheitsmeinungen «klassischer» Forschungen, meist als Auftragsforschung industrieller Interessengruppen.

Trotz extremer Bedeutung und anerkanntem Forschungsbedarf herrscht eine grobe Vernachlässigung athermischer Wirkungen.

«Die Werte liegen zwar unter den Grenzwerten, aber unsere Grenzwerte orientieren sich ja nicht nach der Gesundheit!»

Lust auf weitere Beruhigung?

Mikrowellenstrahlung von Mobiltelefonen kann die sogenannte Blut-Hirnschranke öffnen, so dass verschiedene Proteine des Blutes und andere schädliche Stoffe ins Gehirn gelangen und dadurch Gehirnzellen und Nerven zerstören können (Versuch mit Rattenhirn).

Die Neurologische Uniklinik Freiburg wies deutliche Blutdruckerhöhung durch Handy-Strahlung nach.

Prof. Dr. Peter Semm, Entdecker des Melatonins, forschte jahrelang für die deutsche Telekom. Bereits 1995 stellte er fest, dass bei Bestrahlung mit gepulster Hochfrequenz (D-Netz) weit unterhalb der Grenzwerte 60 % der Nervenzellen falsch reagieren.

Medizinphysiker Dr. Lebrecht Klitzing belegt, dass Menschen durch gepulste Hochfrequenzstrahlung (HF) bei langzeitiger Exposition schon bei geringen Strahlungsdichten von 1 nW/cm^2 erkranken! Bei 100 nW/cm^2 können sich Hirnströme verändern und die Pulsung greift in die Informationsübertragung zwischen Zellen ein.

Gepulste Strahlung nonstop

Wer glaubt, mit einem Schnurlostelefon vor HF-Strahlung besser geschützt zu

sein als mit einem Handy, kann sich täuschen. So senden z.B. DECT-Schnurlose Tag und Nacht mit voller Leistung gepulste digitale Wellen. Die oben erwähnten Strahlendichten von 1 nW/cm^2 können bei schlechten Geräten noch im Abstand von 50 Metern gemessen werden! Im Durchmesser (alle Richtungen) von ca. 10 Metern können Strahlungsdichten um 100 nW/cm^2 immer noch Hirnströme verändern! (Zur optischen Verdeutlichung siehe Illustration)

Die Basisstation selbst strahlt wie ein Mobilfunkurm in ca. 20 Metern Abstand. (Diese Aussagen treffen für CT1+-Geräte nicht, und für CT2- Geräte nur bedingt zu).

Hoffnungsträger!?

Nach langem Kampf für die Gesundheit wurde der Kurzwellensender Schwarzenburg abgerissen.

In Zürich-Witikon musste DiAx wegen hartnäckigem Widerstand einer Gegnergruppe ihren Antennenstandort aufgeben.

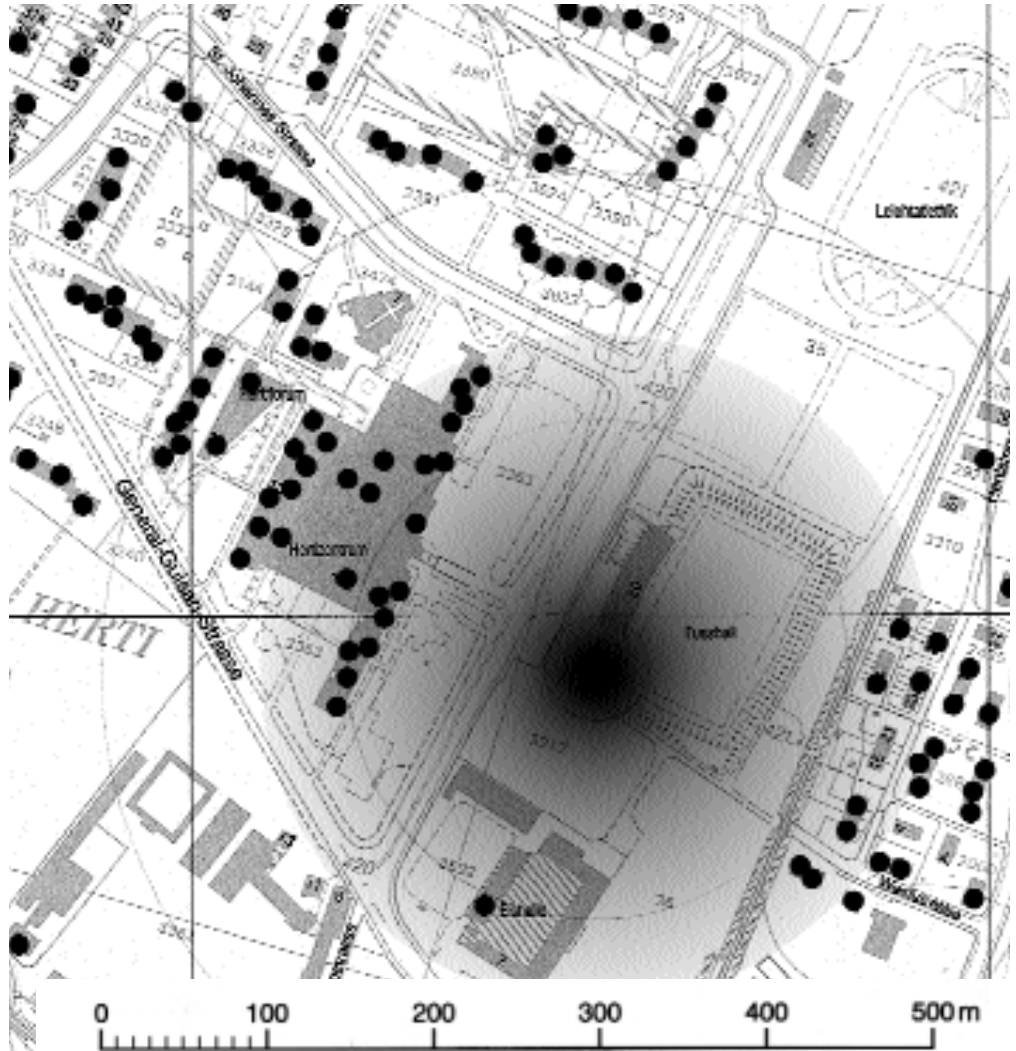
Die Stadt Salzburg reduzierte auf Druck aus der Bevölkerung die Sendemissionen um den Faktor 100 tiefer als der CH- bzw. WHO-Grenzwert und der Betrieb funktioniert.

In Deutschland summieren sich nicht nur die Funkmasten sondern auch die Gegner. Die deutsche Bürgerwelle e.V. vertritt bereits über 200 Protestgruppen. Ihr Slogan: «Vorbeugen statt leiden!»

Politisch gibt es einzelne Vorstöße.

Im Kanton Zug versucht der Info Verein Elektrosmog unabhängige Informationen möglichst breit zu streuen.

Trotzdem: Es gibt das Heer der Handygeilen. In der Schweiz wurden 1999 bis jetzt über eine Million Handys verkauft – das sind alles «Auftraggeber» für neue Mobilfunkantennen. Das Brisante daran: Eine kürzlich gemachte Untersuchung bestätigt Vermutungen – vorwiegend «Blablafonie».



Illustrativer «Auszug» aus dem sonst komplexeren Wellenmix.

Die kleinen Kreise stellen einen kritischen Strahlenwert im \varnothing von 14 Metern und die angenommene Dichte schnurloser DECT-Telefonstationen dar (keine Natels). Auch weit entfernt von einer Mobilfunkantenne setzt sich jemand mit einer DECT-Station «hausgemacht» permanent gepulster Strahlung aus, so wie sie auch im näheren Umkreis eines Antennenmastes vorkommt.

Wende in der Asylpolitik?

Genau vor einem Jahr begann mein Bericht aus dem Regierungsrat mit diesem Titel. Auch Ende dieses Jahres stellt sich nach dem Krieg im Kosovo und der Rückkehr vieler Flüchtlinge die gleiche Frage. Allerdings, für die Nationalratswahlen waren die Signale andere: Mit dem im August 1999 definitiv beschlossenen Arbeitsverbot setzte der Bundesrat - trotz damals schon abnehmender Gesuchszahlen - ein Zeichen in die falsche Richtung. Das Gleiche machte das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF): Mit seinen Prognosen, dass mit dem Einbruch des Winters die Gesuchszahlen wieder hochschnellen würden, lieferte es der SVP Munition für deren Wahlkampf.

Von Hanspeter Uster; Bild Brigitte Weiss

Taube SVP (Teil 1)

Die Ausländerfrage bewegt die Menschen. Dies zu verdrängen wäre völlig falsch. Deshalb habe ich die Interpellation von SVP-Nationalratskandidat Betschart umfassend beantwortet und unsere klare Haltung belegt, wenn es um Drohungen gegen die Lehrer- und Schülerschaft, Eltern und Behördenmitgliedern geht. Das gefiel dem Interpellanten offenbar nicht, obwohl keine seiner Fragen offen blieb. Meine Bemerkung dazu gemäss Kantonsratsprotokoll: «Möglicherweise ist er deshalb nicht ganz befriedigt, weil es uns gelungen ist, eine befriedigende Antwort zu finden.» - Zusammen mit der Direktion für Bildung und Kultur wird meine Direktion im Januar 2000 die Gemeinden (Gemeinderät/innen der Schul-, Sozial- und Sicherheitsämter sowie die Rektorate) über das nationale Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» und seine Umset-

zung im Kanton Zug orientieren.

Allerdings ist eine kritische Anmerkung nötig: Gerade meiner Direktion und den mir unterstellten Ämtern (Kantonspolizei, Amt für Ausländerfragen, Strafvollzug) muss es besser gelingen, unsere Praxis im Ausländer- und Asylrecht einer breiten Öffentlichkeit als das darzustellen, was ihr Kerngehalt ist: Eine humanitäre und offene Haltung als Grundsatz, aber gegenüber der kleinen Minderheit von Ausländer/innen, die sich nicht korrekt verhält, konsequentes Handeln unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen.

Taube SVP (Teil 2)

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung von Tempo 100 auf einem Teil der Zuger Autobahnen hat ein anderer SVP-Nationalratskandidat einige Fragen gestellt. Die Regierung erklärte den Sachverhalt, was jedoch den SVP-Sprecher nicht davon abhielt, nochmals genau die gleichen Behauptungen in den Raum zu stellen, die der Regierungsrat einige Minuten vorher entkräftet hatte. Meine Bemerkung gemäss Kantonsratsprotokoll: «Es bringt wenig, wenn der Regierungsrat durch eines seiner Mitglieder eine Interpellationsantwort verlesen lässt,

welche alle erforderlichen Argumente enthält, und danach trotzdem so argumentiert wird, als hätte die Regierung nicht Stellung genommen». Übrigens: die gleichen Argumente wie die SVP bringt jetzt neu ein Petitionskomitee gegen Tempo 100 auf der Autobahn...

Radarkontrollen - nein, oder doch, oder je nachdem?

Auf eine SVP-Interpellation zu den Radarkontrollen reagierte die Regierung gelassen, und ich konnte mit Zahlen untermauern, dass die Verkehrssicherheit mit vermehrten Kontrollen massgeblich gesteigert werden konnte: Obwohl der Fahrzeugbestand im Kanton Zug seit 1990 um fast 25% zunahm, verringerte sich die Verkehrsdelinquenz um 5%. Gesamtschweizerisch sind es im gleichen Zeitraum 15% bzw. 2%. Fazit: Trotz wesentlich mehr Autos konnte die Zahl der Unfälle im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt dank der starken Präsenz der Verkehrspolizei und dank den Radarkästen mehr als doppelt so stark gesenkt werden. Ironie der Geschichte: Zwei Monate später verlangten prominente Vertreter der Autolobby im Kantonsrat nicht weniger, sondern mehr Radarkontrollen.



Starke Präsenz der Polizei und Radarkontrollen senken die Unfälle

Die Eingleisigkeit geht weiter !

Mit der nicht überwiesenen Motion «Erarbeitung von einem Vergleichsprojekt Zentralspital Zug und separater Objektkreditvorlage Pflegeheim Baar» ist ein weiteres Stück Spitalgeschichte geschrieben. Neu ist sicher, dass jetzt neben den Bürgerlichen auch ein Teil der Linken eine Diskussion verweigert.

Von Manuela Weichelt, Frische Brise Steinhausen; Bild Brigitte Weiss

Am 24. Oktober 1999 hat das Zuger Volk dem «Gesetz über das Zentralspital» mit 640 Stimmen Vorsprung zugestimmt. Gleichzeitig aber den «Objektkredit für die Planung und Realisierung des Zentralspitals mit Option Pflegeheim» mit 16'312 zu 16'908 Stimmen abgelehnt. Sieben der elf Gemeinden haben sogar beide Vorlagen abgelehnt. Das Stimmvolk hat sehr differenziert entschieden. Wie es der Titel des Gesetzes und des Objektkredites sagen, kann das Abstimmungsresultat durchaus primär als Zusage für ein Zentralspital und eine Absage an den Objektkredit Zentralspital mit Option Pflegeheim gewertet werden. Der Standort erschien weder im Titel des Gesetzes noch auf dem Stimmzettel. Die Abstimmung erforderte ein Ding der Unmöglichkeit, indem sie zwei Fragen in eine verpackte. Wie sollte gestimmt werden, wenn zwar ein Zentralspital befürwortet wurde, aber der Standort Baar nicht?

Viele StimmbürgerInnen haben den Objektkredit deshalb abgelehnt, weil sie der Argumentation jener GegnerInnen gefolgt sind, welche sagten, dass Vergleichsprojekte auf gleicher Grundlage noch nicht vorliegen würden. Die Gefahr sei deshalb gross, dass bei einer möglichen nächsten Abstimmung die Vorlage



Neu, neuer, am teuersten: Die Kantonsspital-Investitionen der letzten Jahre waren für die Katz!

abgelehnt würde; sei dies aus Kosten- und/oder Standortargumenten. Unser Gesundheitswesen ist jedoch auf ein baulich optimales Haus angewiesen, was mit dem vom Regierungsrat vorgesehenen Vorgehen gefährdet wird. Ein seriös und sorgfältig geplanter Projektvergleich mit aktualisiertem Raumprogramm und Raumbedarf sollte deshalb genau geprüft werden und eine separate Pflegeheimvorlage auszuarbeiten, wäre politisch klug.

Warum für das Pflegeheim eine separate Vorlage? Eigentlich hat das Volk die Option Pflegeheim ebenfalls abgelehnt. Auch bei dieser Vorlage wurden zwei Themen (Objektkredit und Pflegeheimoption) in eine Abstimmungsfrage verpackt.

Um einen Scherbenhaufen zu verhindern, beantragte ich zusammen mit Jean-Pierre Prodolliet, SP; Hans Christen, FDP und René Bär, SVP mittels Motion, dass beim weiteren Planungsverfahren die Projektierungsarbeiten so in Auftrag gegeben werden, dass für einen allenfalls dem Volk zu unterbreitenden Baukredit nicht nur ein Projekt am Standort Baar,

sondern auch ein Vergleichsprojekt am Standort des heutigen Kantonsspitals Zug vorgestellt werden kann.

An der Kantonsratsitzung vom 25. November 1999 wurde bezüglich Überweisung heftigst diskutiert. Usus ist, dass Motionen überwiesen werden, es sei denn, es werde etwas Absurdes beantragt. Die letzte nicht überwiesene Motion war eine Steuermotion der SP, da die Bürgerlichen darüber nicht einmal diskutieren wollten. Der Spitalmotion ging es nicht anders. Sie wurde mit 54:13 Stimmen nicht überwiesen. Leider wurde die Überweisung auch von der SP - mit Ausnahme des Motionärs - nicht unterstützt. Bis auf Hanspeter Hausheer, der sogar gegen die Überweisung der Motion stimmte und dem Fraktionschef, Christoph Hohler, der an der Sitzung fehlte, enthielt sich der Rest der Stimme. Auch Stimmhaltung ist eine Haltung. Als Meinungslose ist es auch schwierig einen Wahlkampf zu gewinnen. Die Alternative Fraktion wird die kommenden Spitalvorlagen mit dem Projektionskredit (Sommer 2000) und der Projekt-

Die Alternative zum Militärdienst



Der Zivildienst hat sich als Alternative zum Militärdienst in den letzten drei Jahren erfolgreich etabliert. Seit der Einführung des Zivildienstes am 1. Oktober 1996 wurden über 5000 Zulassungsgesuche gestellt. Mit durchschnittlich 100 Gesuchen pro Monat erreicht der Zivildienst eine steigende Beliebtheit. Die Zulassungsquote ist übers Ganze etwas grösser als 75 Prozent. Der Autor dieses Berichtes leistete kürzlich seinen Zivildienst im Bereich der Flüchtlingsbetreuung. Seine Erfahrungen sollen u.a. einen Einblick in den Alltag eines Zivildienstleistenden geben.

Von Jörg Rüttimann, Zug

Bild Brigitte Weiss

Mein Einsatz als Zivildienstleistender begann mit einem Einführungstag bei der Zivildienst-Regionalstelle Inner-schweiz. Dort informierte man mich über die Organisation, die Funktion und den Ablauf des Zivildienstes. Die Organisation des Zivildienstes kennt keine automatische Dienstaufgebote wie beim Militär. Im Normalfall kann man den Zeitpunkt, die Einsatzdauer und den Einsatzbetrieb frei wählen. Voraussetzung dafür ist die Beachtung der beste-

henden Regelungen aus dem Zivildienstgesetz und dessen Verordnungen.

Motivation als Voraussetzung

Wer zum Zivildienst zugelassen wird, kann heute aus einem der über 650 anerkannten Einsatzbetriebe auswählen. Jeder Zivildienstleistende muss seinen Einsatzbetrieb selbst suchen und die Einsatzdauer sowie weiter gehende Vereinbarungen direkt mit der verantwortlichen Kontaktperson des Einsatzbetriebes treffen. Die zuständige Regionalstelle des Zivildienstes überwacht und bewilligt jeden Einsatz. Mit diesem Ablauf ist gewährleistet, dass in der Regel nur gut motivierte Zivildienstleistende im Einsatz stehen.

Ich habe mich für den Asylbereich entschieden, weil er meinen persönlichen Interessen entspricht. Seit Januar 1999 organisiert das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Flüchtlingsbetreuung Zivildiensteseinsätze. Wer einen Einsatz im Asylwesen von mindestens 120 Tagen am Stück leistet, kommt in den Genuss einer einwöchigen Aus- und einer zweitägigen Weiterbildung. Für mich war diese Ausbildung eine optimale Vorbereitung für meinen viermonatigen Einsatz in der Regionalstelle Lenzburg des kantonalen Sozialdienstes Aargau. Von Anfang Mai bis Ende August 1999

wirkte ich als Flüchtlingsbetreuer in zwei Unterkünften in den Gemeinden Wohlen und Seengen. Während den ersten sechs Wochen bekam ich eine gründliche Einführung in die Betreuungs- und Administrativaufgaben, welche in einer Flüchtlingsunterkunft tagtäglich anfallen.

Durchsetzungsvermögen nötig

Mein Arbeitsgebiet als Betreuer umfasste vielfältige Aufgaben: Taschen- und Essensgeld-Auszahlung, Organisieren von Arzt- und Behördenterminen, Instand- und Sauberhaltung der Unterkünfte, Vermittlung und Hilfeleistung in Konfliktsituationen, Erstellen von Wochenabrechnungen usw. In der Unterkunft von Wohlen waren durchschnittlich 35 Einzelmänner untergebracht. Sie stammten im Schnitt aus über zehn verschiedenen Nationen, wovon rund die Hälfte aus dem Kosovo kamen. Man braucht viel Durchsetzungsvermögen und gutes Organisationstalent, um in den vielen hektischen Situationen die Übersicht nicht zu verlieren. Wenn man bedenkt, dass im Kanton Aargau durchschnittlich auf eine(n) Betreuer(in) 40 bis 60 Asylsuchende fallen, ist dieser Job sicher keine leichte Aufgabe.

Geradezu grotesk mutet es da an, wenn Zivilschutz- und Militäreinheiten die Flüchtlingsbetreuung übernehmen. Sie



Auch in der Oberwiler Zivilschutzanlage wurden Flüchtlinge betreut

arbeiten vielfach mit dem Verhältnis ein Betreuer pro Flüchtling. Aber diese beiden Organisationen sind ja für ihre Ineffizienz bestens bekannt. Dies ist ein schwacher Trost für alle übrigen Mitarbeiter des Flüchtlingswesens, die für die Lösung ihrer schwierigen Aufgaben selten auf ein ausreichendes Personalreservoir zurückgreifen können.

Traumatisierte Flüchtlinge betreuen

Weil durch den Kosovo-Konflikt die Zahl der Flüchtlinge in diesem Frühjahr markant angestiegen war, herrschte nicht nur im Aargau sondern fast in der ganzen Schweiz ein Mangel an Betreuungspersonal. Um so verständlicher, dass Zivildienstleistende eine willkommene Alternative sind, um diese nicht voraussehbaren Schwankungen in der Flüchtlingsbetreuung besser auszugleichen. Diesem Umstand ist es auch zu zuschreiben, dass ich nach sechs Wochen selbstständig eine neue Unterkunft in Seengen fertig einrichten konnte. Mir blieben genau zwei Wochen Zeit, um dieses Haus in eine betriebsfähige Unterkunft zu verwandeln. Ab 1. Juli musste dieses Haus für 5 kosovoalbanische Familien zur Verfügung stehen. Da für diese Unterkunft nicht rechtzeitig eine neue Betreuungsperson gefunden werden konnte, übergab man mir die Führung dieser Unterkunft für die Anfangszeit. In

der zweiten Juliwoche war das Haus mit vier Familien bestehend aus 18 Personen bereits voll belegt. Als Betreuer machte ich hier auch meine erste Erfahrung mit traumatisierten Flüchtlingen. Zum Glück wurde ich für den Umgang mit traumatisierten Personen während zwei Weiterbildungstagen bestens vorbereitet. Für die letzten 5 Wochen meines Einsatzes übernahm ich die alleinige Betreuung der Unterkunft Wohlen, weil der bisherige Betreuer zuerst in den Militärdienst und später für neue Aufgaben abgezogen wurde.

Geregelte Tagesstruktur

Für eine gute Flüchtlingsbetreuung ist eine geregelte Tagesstruktur absolut notwendig. Im Betreuungskonzept des kantonalen Sozialdienstes Aargau sehe ich da den grössten Mangel. Die Tagesstruktur besteht in den meisten Unterkünften nur aus der selbstständigen Mahlzeitzubereitung und der Unterkunftsreinigung. Für eine limitierte Anzahl Flüchtlinge gibt es nach 6 Monaten die Möglichkeit, Deutschkurse oder Beschäftigungsprogramme zu besuchen. Dieses Angebot ist quantitativ völlig unzureichend und setzt viel zu spät ein. Man wird den Eindruck nicht los, dass hier der Kanton Aargau nicht nur beim Personal, sondern auch auf Kosten der Flüchtlinge Sparübungen durchführt.

Der Aargau verdient an den Flüchtlingen

Es ist allgemein bekannt, dass der Kanton Aargau pro Jahr mehrere Millionen Franken aus den Abgeltungen des Bundes in den eigenen Sack kassiert. Da diese Mittel nicht separat ausgewiesen sind, versickert dieses Geld irgendwo in der Staatsrechnung und dient schlussendlich zur Stopfung von Löchern im Aargauer Staatskässeli. Diese Sonderprofite werden in erster Linie mit der Unterbringungspauschale erzielt. Das BFF entschädigt die Kantone für die individuelle Unterbringung pro Tag und Flüchtling mit ca. 13.30 Franken. Weil die Kantone und Gemeinden diese Gelder angesichts der vielen alten und billigen Unterkünfte selten voll ausschöpfen, können so happige Beträge abgezweigt werden. Fragwürdigerweise hat das BFF am 1. Oktober 1999 aber nicht die Unterbringungskosten, sondern die Fürsorgeansätze von 18.50 auf 16 Franken pro Tag reduziert. Von diesen 16 Franken werden dem Flüchtling 10 Franken Essensgeld und 3 Franken Taschengeld ausbezahlt. Mit den restlichen 3 Franken müssen noch alle anderen anfallenden Ausgaben gedeckt werden. Damit versteht sich von selbst, dass da fast kein Geld mehr für Bildungs- und Beschäftigungsstrukturen vorhanden ist.

Härtere Sanktionen für fehlbare Arbeitgeber

Wenn man die Antwort des Zuger Regierungsrates auf die Interpellation Hohler liest, könnte man meinen, dass die Schwarzarbeit ein «Ausländerproblem» sei. Es gibt aber genauso viele SchweizerInnen, die schwarz arbeiten. Das Hauptproblem sind aber nicht jene, die auf diese Art ihr Geld verdienen müssen, sondern jene, welche diese Form der Beschäftigung ausnützen. Die Ursachen müssen bekämpft werden, dazu gehört, dass jene Arbeitgeber, die Schwarzarbeit produzieren, härter und konsequenter bestraft werden müssen.

Von Bruno Bollinger, Präsident
Gewerkschaftsbund Zug (GBZ)
Bild Brigitte Weiss

Nach Schwarzarbeit im Kanton Zug gefragt, verwirft Michel Berger, Zuger Sekretär der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) die Hände und winkt ab. Es sei nicht in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften, Schwarzarbeit zu suchen. Es gäbe genug zu tun, um über die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge zu wachen. Und wenn gesamtarbeitsvertragliche Bestimmungen nicht eingehalten würden und dabei Schwarzarbeit im Spiel sei, dann werde dies selbstverständlich geahndet. Trotzdem, das Problem der Schwarzarbeit beschäftigt auch die Gewerkschaften. Franz Cahannes, Zentralsekretär der GBI analysiert: «Neben den schädlichen Auswirkungen auf die Sozialversicherungen und die steuerlichen Einnahmen bedroht Schwarzarbeit die sich korrekt verhaltenden Unternehmungen und beschneidet Arbeitnehmerrechte.» Die durch Schwarzarbeit verursachten Steuerausfälle würden genügen, um den Bundeshaushalt zu sanieren.

Schwarzarbeit kein Ausländerproblem

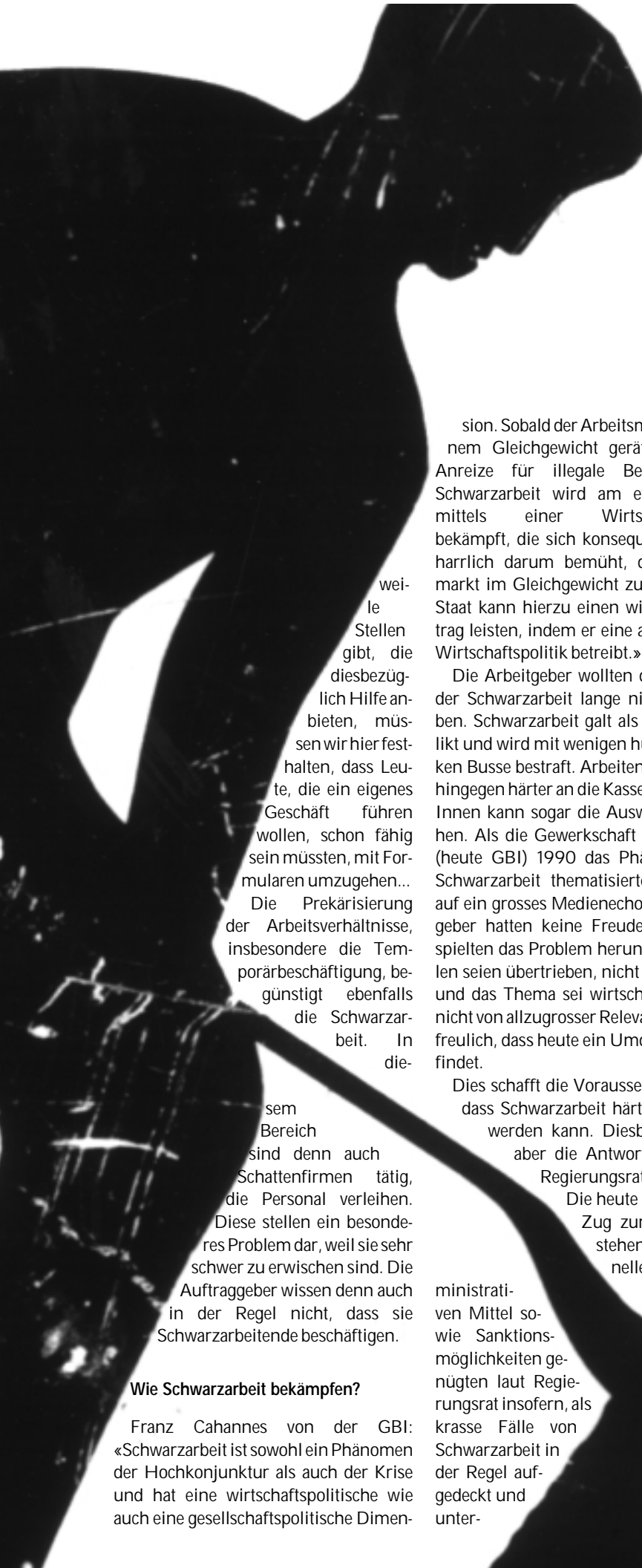
Der Zuger Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass sobald das Amt für Wirtschaft und Arbeit (KWA) Mitteilungen erhält, Personen seien ohne Arbeitsbewilligungen tätig, das kantonale Amt für Ausländerfragen (KAFA) informiert wird. Schwarzarbeit kann bei AusländerInnen einfacher festgestellt werden, weil sie eine Arbeitsbewilligung brauchen. Schwarz arbeiten aber nicht nur AusländerInnen, sondern genauso viele SchweizerInnen.

Nach Schätzungen eines österreichischen Wirtschaftsprofessors beträgt die Schwarzarbeit gesamtschweizerisch 8,1% des Bruttoinlandprodukts. Die Eins nach dem Komma täuscht hier allerdings eine Genauigkeit vor, die es nicht gibt. Es liegt in der Natur der Sache, dass Schwarzarbeit nicht einfach erfasst werden kann.

Arbeitgeber nützen Schwarzarbeit aus

Tiefe Löhne begünstigen die Schwarzarbeit. Auch das Arbeitsverbot für Asylsuchende zwingt viele dieser Menschen, schwarz zu arbeiten. In der Regel sind es aber nicht die Arbeitenden, die so beschäftigt werden möchten. Verantwortlich für die Schwarzarbeit sind jene Arbeitgeber, die zu dieser Beschäftigungsform greifen, um Lohnkosten zu sparen. Es ist darum lächerlich, dass diese mit wenigen hundert Franken Busse bestraft werden. Als Ausrede wird der «Formular- und Bewilligungsdschungel» herbeibemüht, in dem sich viele Arbeitgeber «verheddern» würden. Abgesehen davon, dass es mittler-





sion. Sobald der Arbeitsmarkt aus seinem Gleichgewicht gerät, entstehen Anreize für illegale Beschäftigung. Schwarzarbeit wird am effizientesten mittels einer Wirtschaftspolitik bekämpft, die sich konsequent und beharrlich darum bemüht, den Arbeitsmarkt im Gleichgewicht zu halten. Der Staat kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem er eine antizyklische Wirtschaftspolitik betreibt.»

Die Arbeitgeber wollten das Problem der Schwarzarbeit lange nicht wahrhaben. Schwarzarbeit galt als Kavaliersdelikt und wird mit wenigen hundert Franken Busse bestraft. Arbeitende kommen hingegen härter an die Kasse, AusländerInnen kann sogar die Ausweisung drohen. Als die Gewerkschaft Bau & Holz (heute GBI) 1990 das Phänomen der Schwarzarbeit thematisierte, stiess sie auf ein grosses Medienecho. Die Arbeitgeber hatten keine Freude daran und spielten das Problem herunter, die Zahlen seien übertrieben, nicht verifizierbar und das Thema sei wirtschaftspolitisch nicht von allzugrosser Relevanz. Es ist erfreulich, dass heute ein Umdenken stattfindet.

Dies schafft die Voraussetzung dafür, dass Schwarzarbeit härter bekämpft werden kann. Diesbezüglich ist aber die Antwort des Zuger Regierungsrates zahn.

Die heute dem Kanton Zug zur Verfügung stehenden personellen und ad-

ministrativen Mittel sowie Sanktionsmöglichkeiten genügten laut Regierungsrat insofern, als krasse Fälle von Schwarzarbeit in der Regel aufgedeckt und unter-

bunden werden können. Ebenso wichtig sei die Selbstregulierung, getragen durch die Gewerkschaften einerseits und die Arbeitgeber andererseits sowie durch die Bevölkerung.

Eine kontinuierliche Informations- und Sensibilisierungsarbeit ist zweifellos richtig. Die Arbeitenden müssen begreifen, dass Schwarzarbeit an dem Ast sägt, auf dem sie sitzen. Dies genügt aber nicht. Die fehlbaren Arbeitgeber müssen viel härter bestraft und auf eine «schwarze Liste» gesetzt werden. Sie sollen keine Aufträge der öffentlichen Hand mehr bekommen. In diesem Rahmen könnte das Amt für Wirtschaft und Arbeit (KWA) durchaus aktiver sein.

Vorbeugen ist jedoch besser als heilen, darum müssen die Ursachen der Schwarzarbeit bekämpft werden. Zum Ersten müssen anständige Löhne bezahlt werden, so dass niemand mehr gezwungen ist, aus materieller Not schwarz zu arbeiten. Aber auch die Ausländerpolitik muss radikal umgestaltet werden. Die mit den bilateralen Verträgen ermöglichte Freizügigkeit des Personenverkehrs schafft dazu wesentliche Voraussetzungen. Die flankierenden Massnahmen müssen allerdings durchgesetzt werden (insbesondere Minimallöhne und Maximalarbeitszeiten). So könnten sie gute Instrumente sein und

weil le Stellen gibt, die diesbezüglich Hilfe anbieten, müssen wir hier festhalten, dass Leute, die ein eigenes Geschäft führen wollen, schon fähig sein müssten, mit Formularen umzugehen... Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Temporärbeschäftigung, begünstigt ebenfalls die Schwarzarbeit. In diesem Bereich sind denn auch Schattenfirmen tätig, die Personal verleihen. Diese stellen ein besonderes Problem dar, weil sie sehr schwer zu erwischen sind. Die Auftraggeber wissen denn auch in der Regel nicht, dass sie Schwarzarbeitende beschäftigen.

Wie Schwarzarbeit bekämpfen?

Franz Cahannes von der GBI: «Schwarzarbeit ist sowohl ein Phänomen der Hochkonjunktur als auch der Krise und hat eine wirtschaftspolitische wie auch eine gesellschaftspolitische Dimen-

Smalltalk

Das Bulletin ist ein intelligentes Blatt. Ergo wird sicher auch von mir ein gescheiter Bericht über die kantonsrätliche Arbeit erwartet. Nach einigem Überlegen erschien es mir, als seien alle geistreichen Kommentare und Berichte bereits schon in irgendwelchen Artikeln und Zeitungen publiziert worden. Mehr oder weniger sachlich wurde über das Tun oder Nichttun des Kantonsrates berichtet. Ich entscheide mich deshalb für ein bisschen Smalltalk.

**von Erica Albisser-Iten, Kantonsrätin
Forum Oberägeri**

Nickerchen

Ganztägige Kantonsratssitzungen können recht ermüdend sein. Nach einem feinen Mittagessen wäre manchem Politiker eine Siesta höchst willkommen. So geschah es, dass eine Kantonsrätin während ihres Votums einen Kantonsrat im Saal gezielt ansprach. Bei der Erwähnung seines Namens juckte der Angesprochene sichtlich erschrocken aus seinen seligen Träumen. Mit echtem Bedauern sagte die Votantin: «Oh, nun habe ich ihn geweckt!» Das Ergebnis: Ein hochroter Kopf und allgemeines Gelächter. Anschliessend entschuldigte sich der Geweckte mit den Worten, es sei lediglich ein Sekundenschlaf gewesen. Der Kantonsratspräsident gab ihm den wohlmeinenden Tipp, diese Methode besser nicht beim Autofahren anzuwenden. Die Folgen wären gravierender als ein Nickerchen im Ratssaal.

Ich wünschte mir, dass bei gewissen Abstimmungen im Kantonsrat gewisse Leute in Sekundenschlaf verfallen würden.

Sprach-Kaktus

Was sagen Sie zur Bezeichnung «staatlich subventionierte Gebärerinnen»? Dieser Ausdruck wurde von einem Ratsmitglied im Hinblick auf die Änderung des Arbeitsverhältnisses des Staatspersonals benützt. Die Alternativen stellten den Antrag, dass Frauen nach der Geburt und nach 16 Wochen bezahltem Mutterschaftsurlaub nicht mit einer einjährigen «Nacharbeit» bestraft werden dürfen. Ein Gegner dieses Antrages und demzufolge auch ein Gegner einer adäquaten Betreuung des Kleinkindes hat den oben erwähnten Sprach-Kaktus geboren. Leute geben Millionen aus, um irgendwelche wirtschaftlich interessanten Vorhaben zu realisieren. Die Rendite muss vor allem stimmen. Wenn es aber um Geld für Mütter und Kinder geht, notabene Kinder, die die materielle und immaterielle Sicherheit der Zukunft sind, dann ist alles zu teuer und es kommt mitunter zu solchen sprachlichen Entgleisungen.

Zu unserer grossen Freude unterstützte eine Mehrheit des Rates unseren Antrag.

Millennium (Kling)

Nun gehen wir mit Riesenschritten auf den Jahrtausendwechsel zu. Die Zahl 2 mit drei Nullen wird uns das ganze nächste Jahr begleiten. Was sagt die Zwei aus? (Die Nullen klammern wir für diesmal aus). Im Tarot symbolisiert diese Karte die Hohepriesterin. Sie bedeutet gute Intuition, Phantasie, Weisheit und verborgene weibliche Kraft. Ihre Qualität beinhaltet Instinkt, Geduld, Ausdauer, Sanftmut, das Alte bewahren, Fruchtbarkeit usw. Sie zeigt Alternativen auf. Es gibt für jedes Problem verschiedene Lösungsmöglichkeiten.

Die Zahl 2 hat aber auch negative Aspekte wie Realitätsflucht, Launenhaftigkeit, Unentschlossenheit, Falschheit, Lebensangst. Die Zwei bedeutet Dua-

lität, Spaltung in Subjekt und Objekt. Zum Beispiel ist sie im Wort Zwei-fel (zwei Fälle) enthalten. Die Zwei bedeutet Gegensätzlichkeit und Widersprüchlichkeit, aber auch Ausgleich und Auflösung der Gegensätze.

In der Politik und ebenso im Alltagsleben könnte dies heissen: Eine Phase der Erwartung und der Bereitschaft, Aussenimpulse aufzunehmen und umzusetzen. Geduld haben, aber auch Geduldsproben bestehen müssen. Die weiblichen Aspekte vermehrt berücksichtigen und bei Problemlösungen integrieren. Sie fordert auf, die linke und die rechte Hirnhälfte zu benützen. Nicht nur rein rational denken und handeln (linke Gehirnhälfte), sondern auch die Intuition (rechte Hälfte) mit einbeziehen und somit ganzheitlich handeln.

Solidarität statt Soldaten

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat an ihrer Vollversammlung vom 21. November beschlossen, gegen das Militärgesetz, das bewaffnete Armeeinsätze im Ausland ermöglicht, das Referendum vorzubereiten.

Von Josef Lang

Vor zehn Jahren sind zwei Ereignisse zusammengefallen, die politisch und symbolisch zusammengehörten: der Fall der Berliner Mauer und der Bruch des helvetischen Armee-Tabus. Das Neue Forum und die GSoA, die miteinander verbunden waren, erhofften sich vom gesellschaftlichen Aufbruch eine Demokratisierung und Zivilisierung der Weltinnenpolitik. Dass unsere Hoffnungen nicht unberechtigt waren, zeigt das Prestige, das damals eine OSZE genoss - ganz im Unterschied zur NATO.

Pax americana

Die historische Chance von 1989, die Welt in einem gerechteren und zivileren Sinne zu verrechtlichen, wurde vertan. Die neue Pax americana, Ogi übersetzt das mit «Baustelle des Friedens», hat jede Chance vereitelt, die Welt ökologischer und sozialer zu machen. Dafür hat sie jede Gelegenheit gepackt, das Militärische und die NATO (wieder)aufzuwerten. Wie wenig es bei der militärischen Öffnung unseres Landes um Solidarität geht, zeigen der Abbau der Entwicklungshilfe und die neoliberale Haltung an der WTO-Konferenz. Ogis Sorge gilt nicht der Welt, schon gar nicht der Dritten, sondern einer Schweizer Armee, der im Inland die Arbeit ausgegangen ist und die nun, um nicht ausgesteuert zu werden, verzweifelt eine Ersatz-tätigkeit im Ausland sucht.

Für eine solidarische statt militärische Wende in der schweizerischen Aussen-

politik sind die beiden GSoA-Initiativen unentbehrliche Instrumente. Betraf die Initiative der 1980er-Jahre wesentlich die schweizerische Innenpolitik, betreffen die kürzlich eingereichten mehr die Weltinnenpolitik. Diesmal geht es im Wesentlichen darum, zur militärlastigen Alternative: NATO oder Auns einen dritten zivilen Weg vorzuschlagen. Für uns heisst Frieden nicht repressive Kontrolle von oben, sondern gesellschaftliche Entwicklung von unten. Ähnlich wie die Geistige Landesverteidigung, gegen die sich die erste GSoA-Initiative richtete, die Schweiz illiberaler gemacht hat, bestärkt die heutige Nato-Strategie weltweit autoritäre Lösungs-Muster.

Reflexion statt Reflexe

Je verschlossener das politische Hauptportal zur Welt scheint, desto attraktiver wirkt das militärische Hintertürchen. Die Versuchung, sich durch eine Flucht in die Nato-Falle aus der Rütli-Falle zu befreien, ist selbst unter Linken sehr gross. Die jüngsten Wahlen vergrössern die Gefahr, dass sich die politische Kultur unseres Landes pawlowisiert. Die einen quittieren ein Blochersches Nein-Wort bedenkenlos mit Nein. Und die anderen antworten ebenso prompt mit Ja. Viceversa.

Wir GSoAtinnen und GSoAten sind keine pawlowschen Zweibeinerinnen und -beiner. Wir ersetzen die Reflexion nicht durch Reflexe. Wir lassen uns von keiner Auns davon abbringen, zur Militarisierung der schweizerischen Aussenpolitik Nein zu sagen. Einer Welt, die für das militärische Konfliktmanagement 60 mal mehr ausgibt als für zivile Konfliktbearbeitung, soll ein Land, das seit 151 Jahren keinen Krieg mehr erleiden musste, sein Bestes geben. Und das ist nicht das Kriegs-, sondern das Friedenshandwerk.

UNO-Initiative

An ihrer Vollversammlung hat die GSoA zusätzlich beschlossen, für die bedrohte UNO-Initiative 5000 Unterschriften zu sammeln. Die SGA schliesst sich diesem Einsatz an. Schickt bitte die Unterschriftenbogen, die ihr bei euch habt, mit möglichst vielen Unterschriften möglichst bald weg! Bestellt bitte weitere Bogen bei der SGA (710 24 70) oder bei der GSoA (01/273 01 00)!

«Noch ein grosses Potential!»

Lorenzo Martinoni, noch bis Ende Januar 2000 Mitglied der Geschäftsleitung von Mobility, wohnt in Zug und ist 37-jährig.

Mit Lorenzo Martinoni hat das Bulletin schon vor zweieinhalb Jahren anlässlich der Fusion von Sharecom und ATG zu Mobility ein ausführliches Interview geführt. Wir nehmen das Ausscheiden von Lorenzo als Mobility-Geschäftsführer nach zehn Jahren Engagement im Carsharing zum Anlass für eine Standortbestimmung.

Das Interview führte Martin Stuber am 24. November in Zug. Bilder Martin Stuber

Bulletin: Die Entwicklung des Carsharings ist wohl eine einmalige Erfolgsgeschichte. Kannst du das in Zahlen fassen?

Lorenzo Martinoni: Heute zählt die Carsharing-Gemeinde in der Schweiz rund 30'000 Mitglieder. Vor zehn Jahren waren es rund 200. Der damalige Jahresumsatz der ShareCom entspricht dem heutigen Tagesumsatz von Mobility!

Ich schätze, dass bis heute rund 1 Milliarde MegaJoule (MJ)* an grauer Energie in Form von nicht gekauften Privatwagen eingespart wurden. Das entspricht rund 5'250 Autos. Dazu kommen die Einsparungen in Fortbewegungsenergie. Carsharing-BenutzerInnen verbrauchen seit ihrem Beitritt zu Mobility im Durchschnitt 4'200 MJ weniger Energie pro Jahr. Das macht weitere 430 Mio. MJ seit 1987, dem Jahr der Gründung von ShareCom und der ATG (Auto-Teilet Genossenschaft).

Bulletin: Was sind die Gründe für den Erfolg? Gibt es Schlussfolgerungen, die für

die Realisierung grüner Anliegen verallgemeinert werden können?

Lorenzo Martinoni: Carsharing ist eine energieeffiziente und umweltschonende Dienstleistung, für die offensichtlich auch eine Kundschaft existiert. Persönlich bin ich allerdings zum Schluss gekommen, dass trotz gutem Erfolg das Carsharing sich noch viel weiter entwickeln soll, um das vorhandene Potential erschliessen zu können und wirklich Wirkung zu zeigen. Untersuchungen des Bundesamtes für Energie zeigen, dass 200'000 AutofahrerInnen in der Schweiz sich Carsharing als Alternative zum Privatauto vorstellen können. Bis heute machen vorwiegend Personen mit, die bereits vor ihrer Carsharing-Zeit ausgesprochene öV-BenutzerInnen waren, aber kaum die «richtigen» AutofahrerInnen. Bei diesen liegt aber das grösste Energieeinsparungspotential.

Meine Schlussfolgerung aus der Erfolgsgeschichte von Mobility ist, dass man sich die Systeme genau anschauen soll, die man verändern will. Es muss dort angesetzt werden, wo man im Rahmen der eigenen Möglichkeiten etwas in Bewegung setzen kann, und zwar mit einem Hebeleffekt. Und wenn es darum geht, Individuen zu überzeugen, ist es meines Erachtens absolut notwendig, den AdressatInnen einen fassbaren Eigennutzen anzubieten.

Bulletin: Trotz des Erfolges: Was würdest du heute im Rückblick anders machen?

Lorenzo Martinoni: Im Grossen und Ganzen eigentlich nichts. Aber überall etwas, wenn es um die Details ginge. Und wie du weißt, meist hockt der Teufel im Detail...

Bulletin: Im März kommt die Verkehrshalbierungsinitiative zur Abstimmung. In einer vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie über die Realisierungsmöglichkeiten findet sich die Aussage, dass das weitaus grösste Potential für die

Verkehrsreduktion in einer Kombination von Ökobonus und Carsharing liegt. Es ist die Rede von über einer Million CarsharingbenutzerInnen innerhalb von 10 Jahren. Wie siehst du das?

Lorenzo Martinoni: Zehn Jahre sind schnell vorbei. Wenn so was erreicht werden soll, dann nur mit einem finanziellen und qualitativen Effort, der um Größenordnungen höher liegt, als was bis heute geleistet wurde. Man müsste in Konzepte und in Infrastrukturen investieren. Carsharing à la Mobility ist nur eine von vielen möglichen Ausprägungen der Idee «Nutzen statt Besitzen» von motorisierten Individualfahrzeugen. Um die Million AutofahrerInnen zu gewinnen, müsste man vielfältigere, viel attraktivere und profitablere Angebote entwickeln und den Leuten näher bringen. Das Umstellen von der Autokauf- zur Autonutz-Denkweise bedingt ausserdem einen Lernprozess, der seine Zeit braucht. Dies sowohl bei den KonsumentInnen als auch bei den AnbieterInnen. Ausserdem sollten auch die verkehrspolitischen und raumplanerischen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Unvorstellbar ist eine solche Zielsetzung aber nicht, vor allem wenn wir an die Entwicklungen in den Bereichen Informationstechnologien und Telematik denken.

Bulletin: Wo liegt noch weiteres Förderungspotential?

Lorenzo Martinoni: Wie gesagt: Da draussen warten viele Leute nur darauf, dass man ihnen ein gutes Angebot macht...

Bulletin: ...woran gezweifelt werden darf, wenn du die Wachstumszahlen z.B. im Kanton Zug anschaut.

Lorenzo Martinoni: Nein! Wenn die Leute den Komfort von Zugang und Verfügbarkeit und die Attraktivität eines vielfältigen Mobilitätsangebotes zu konkurrenzfähigen Preisen geniessen können, werden sie über kurz oder lang umstei-



Schon Realität: Mobility-Card statt Autoschlüssel bei Mobility.

gen. Im Marketing und im Unternehmensbereich liegt hier noch ein grosses Potential.

Es geht darum, mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien neue und attraktive Angebote für die Autonutzung «zu komponieren». Carsharing ist eigentlich reine Informationsverarbeitung. Es geht darum, so effektiv wie möglich Informationen wie «Wer, wann, was, wo, bis wohin, wie lange?» usw. zu sammeln, zu verarbeiten und zu verteilen. Carsharing und auch die immer wieder genannte «kombinierte Mobilität» (Vernetzung von Auto, öV, Velo, zu Fuss gehen in einem integrierten Angebot) kann dank den Informationstechnologien zur Blüte gebracht werden.

Bulletin: Klingt gut - wie sieht das konkret aus?

Lorenzo Martinoni: Stell dir vor, du kannst mit einem einzigen Abo Bahn und Bus fahren, ein Auto für die Ferien mieten, einen herumstehenden City-Car (in Martigny schon Realität) für zehn Minuten in der Stadt benützen und dann irgendwo stehen lassen, ein Auto für drei Monate leasen, ein Mobility-Auto benützen oder via Internet-Handy von einer Mitfahrgelegenheit mit einem Carpooling-Auto profitieren, und vieles anderes – und alles spontan und ungeplant.

Sobald jemand das richtige Rezept gefunden haben wird, um damit ein profitables Geschäft im grossen Stil zu betreiben, wird die Revolution schnell stattfinden. Das ist bereits in anderen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgt,

und das wird bestimmt auch im Mobilitätsbereich stattfinden!

Das Auto wurde vor über hundert Jahren erfunden und ist in seinem Wesen bis heute praktisch unverändert geblieben. Die Informationstechnologien werden vieles revolutionieren: Das Auto als isolierte Einheit hat bald ausgedient. Die Autos der Zukunft werden in übergeordnete Systeme vernetzt sein, und damit werden sich völlig neue Möglichkeiten ihrer Nutzung und Bewirtschaftung eröffnen. Die besten Ideen diesbezüglich kennt wahrscheinlich noch kaum jemand. Gekoppelt mit den richtigen politischen Massnahmen (z.B. Energieabgabe, Ökobonus, Road Pricing, Parkplatz-Regimes etc.) werden Mobilitätssysteme möglich, die enorme Effizienzsteigerungen im Einsatz der Verkehrsmittel bringen.

Bulletin: Wieweit ist der Genossenschaftsgedanke bei Mobility noch präsent?

Lorenzo Martinoni: Der Trend zeigt ganz klar eine Abkehr weg von der Genossenschafts- und Selbsthilfekultur zum Dienstleistungsunternehmen. Mittlerweile sind nur noch rund die Hälfte der KundInnen auch GenossenschafterInnen. Diese Entwicklung wird von den meisten aktiven GenossenschafterInnen als «natürliche» Entwicklung in Richtung Massendienstleister akzeptiert.

Damit geht aber auch etwas Gutes verloren, dessen Aufrechterhaltung allerdings ein Hemmnis für die Verbreitung des Carsharing darstellen würde. Aber wer weiss, vielleicht werden eines Tages

aus Mobility eine grosse dienstleistungsorientierte AG und eine kleinere Genossenschaft entstehen...

Bulletin: Nach 10 Jahren Carsharing - was ist deine nächste Herausforderung?

Lorenzo Martinoni: Weiss ich noch nicht. Hoffentlich etwas Vernünftiges...

** 1 kw/h = 3.6 Megajoule (MJ) = 10 Std. Velofahren. Zum Vergleich: Die Herstellung eines PC verschlingt 22'600 MJ, der Bau eines Einfamilienhauses 557'000 Mj*

Aufgegleist

«Die Leute werden staunen!»

Es kommt langsam wieder Bewegung in die Zuger Verkehrspolitik. Und nicht nur in Zug. Auch in Luzern hat das städtische Parlament kürzlich interessante Vorstösse überwiesen, und die VCS Sektion Luzern hat bezogen auf die Agglomeration Luzern ein neues Konzept für eine S-Bahn Zentralschweiz präsentiert. Ins Konzept der S-Bahn Zentralschweiz ist auch die Zuger Stadtbahn integriert, die gar die erste Etappe dieses neuen Schienenverkehrsystems sein dürfte. Ein Roundtable-Gespräch mit Peter Muheim, Sekretär VCS Sektion Luzern und Martin Bütikofer, Leiter Amt für öffentlichen Verkehr des Kantons Zug erhellt die Hintergründe.

Das Gespräch für das Bulletin führte Martin Stuber am 1. Dezember in Zug. Bilder Urs Bachmann

Bulletin: Martin, du bist der Mr. Stadtbahn im Kanton Zug. Auf welchem Geleise steht heute das Stadtbahnprojekt?

Martin Bütikofer: Auf den bestehenden SBB-Geleisen! Das Vorprojekt geht jetzt zügig der Vollendung entgegen, ich rechne im April 2000 mit der Kantonsratsvorlage für den Objektkredit.

Konsolidiert ist die betriebliche Machbarkeit mit den verschiedenen Haltestellen (vgl. Grafik auf Seite 20). Auch von Seiten SBB ist jetzt alles klar, die bahntechnischen Voraussetzungen stehen. Die Gespräche mit den Gemeinden verlaufen bisher sehr konstruktiv.

Bulletin: Wie sieht es mit dem Fahrplan aus - kommt der Viertelstundentakt jetzt wirklich?

Martin Bütikofer: Ja, weitestgehend! Wir haben jetzt ein Liniennetz, das vielleicht auf den ersten Blick etwas kompliziert erscheint, aber mit der bestehenden Infrastruktur von Beginn weg einen durchgehenden Viertelstundentakt in den Spitzenzeiten garantiert.

Das Konzept integriert sich modular in den kommenden S-Bahn-Verbund Zentralschweiz. Konkret sieht das so aus, dass eine Stadtbahn-Linie stündlich zwischen Baar und Luzern verkehrt, eine zweite um eine halbe Stunde verschoben stündlich zwischen Baar und dem Freiamt. Hinzu kommt eine Stadtbahn-Linie, die zwischen Baar und Rotkreuz verkehrt, und den letzten Viertelstundentakt garantiert eine Linie zwischen Baar und Cham.

Bulletin: Das ist aber mehr S-Bahn als Stadtbahn...

Martin Bütikofer: Wir sind zum Schluss gekommen, dass sich für die erste Etappe der Stadtbahn auf bestehenden Geleisen die Integration des Regionalzugsangebots geradezu aufdrängt. So werden die künftigen Stadtbahnlinien 1a und 1b basierend auf den gegenwärtigen Regionallinien weiterentwickelt. Sie erhalten jedoch komplett neues Rollmaterial, wie es auch im vergangenen Frühling am Stadtbahntag in Zug probegefahren werden konnte.

Du darfst nicht vergessen, dass mit den neuen Fahrzeugen die Vorteile des Leichtbaus, hoher Geschwindigkeit (bis zu 140 km/h), Komfort und fahrdynamischem Verhalten (Beschleunigung und Bremsweg) vereint werden können. Das erlaubt, sowohl Haltestellen mit kurzen Abständen optimal zu bedienen - etwa zwischen Baar und Cham - wie auch längere Abschnitte dazwischen schnell zu überbrücken - so von Cham bis Luzern.

Zudem bedeutet S-Bahn Zentralschweiz etwas anderes, als etwa die Zürcher S-Bahn mit ihren schweren Doppelstockwagen und noch schwereren Loko-



motiven, die herkömmlichem Eisenbahnbau entsprechen. «Eintreten statt Einsteigen» ist das Motto. Du wirst ebenerdig in einen lichtdurchfluteten, räumlich grosszügig gestalteten Wagen eintreten. Es sind Triebfahrzeuge, der Führerstand wird sichtmässig nicht abgetrennt sein vom Passagierraum. Da die Fahrzeit z.B. vom Alpenblick nach Zug nur gerade 4 Minuten betragen wird und die Bahn äusserst ruhig fährt, wird es ohne Beeinträchtigung des Komforts für einen Teil der Passagiere sogar möglich sein zu stehen. Die Leute werden staunen, da bin ich zuversichtlich.

Bulletin: Peter Muheim, was in Zug Realität werden dürfte, davon träumt Luzern erst?



Peter Muheim: Nun, wir sind jetzt auch über die «Traumphase» hinaus. Aber du hast schon recht: Ich habe kürzlich im Grosse Stadtrat von Luzern - das ist das Parlament - gesagt, dass das Leben nicht immer gerecht ist. Verglichen mit Zug hat Luzern grössere Verkehrsprobleme und weniger Geld, um sie zu lösen. Und trotzdem kann Luzern von Zug lernen. Bei euch werden zurzeit die überriessenen Strassentunnelprojekte aus den 70er-Jahren zugunsten stark abgespeckter und sinnvollerer Lösungen entsorgt. Zugleich schickt sich die Region Zug an, den öffentlichen Verkehr massiv auszubauen. Der 15-Minutentakt auf der Schiene ist ein Quantensprung für den öffentlichen Agglomerationsverkehr.

Bulletin: Wie sieht dein Vorschlag für eine S-Bahn Zentralschweiz aus?

Peter Muheim: Das Nadelöhr ist die Zufahrt zum Bahnhof Luzern. Heute quetscht sich der überwiegende Teil des Verkehrs durch den Gütschtunnel. Zugleich sind die grossen Gemeinden Kri-

ens und Littau bahnmässig nicht erschlossen.

Mit einem Neubau, der einen Tunneldurchstich zwischen Kriens und Littau vorsieht sowie zusätzlichen Haltestellen liesse sich ein Netz realisieren, das durch zunehmende Überlagerung verschiedener S-Bahn-Linien zur Stadt hin die S-Bahn für den dichten Agglomerationsverkehr mit einem Viertelstundentakt nutzbar machen würde - also ein ähnliches System wie die erste Etappe der Zuger Stadtbahn (vgl. Plan auf Seite 20).

Dank zwei praktisch oppositionslos überwiesenen Postulaten von CVP-Grossstadtrat Guerino Riva wird nun ein S-Bahn-artiger Betrieb auf bestehenden Geleisen mit zusätzlichen neuen Haltestellen sowie ein Ausstellungenbahnhof Allmend geprüft.

Von einer neuen Haltestelle beim Kreuzstutz in der Stadt und im Längenbold bei Root würden PendlerInnen auf der Linie Luzern - Zug unmittelbar profitieren.



Martin Bütikofer: Nicht nur die - wenn ich euren Netzvorschlagn anschau, dann würde eine S-Bahn Zentralschweiz entstehen, die nicht einfach nur die Zentren verbindet.

Peter Muheim: Ja, mit einer cleveren Linienführung und durch optimale Kombination mit weiterführenden Buslinien ab den Haltestellen würde ein öffentlicher Verkehrsverbund geschaffen, der wirklich attraktiv für potentielle UmsteigerInnen ist - und davon gibt es eine ganze Menge. Das hat jetzt übrigens auch die SBB gemerkt. Seit eine transparente Kostenrechnung eingeführt wurde, sieht die SBB den Regionalverkehr mit neuen Augen - der bringt ihr nämlich gegen eine Milliarde Franken Einnahmen jährlich. Und nachdem die alten Strukturen mit den drei Kreisdirektionen endlich aufgebrochen worden sind

Aufgegleist

und neue Leute am Drücker sind, ist die SBB zu einem richtig konstruktiven Partner geworden.

Martin Bütikofer: Das kann ich nur bestätigen! Die SBB hat jetzt ein Interesse, ihre Trassen besser zu nützen, diese Chance muss der Regional- und Agglomerationsverkehr ergreifen.

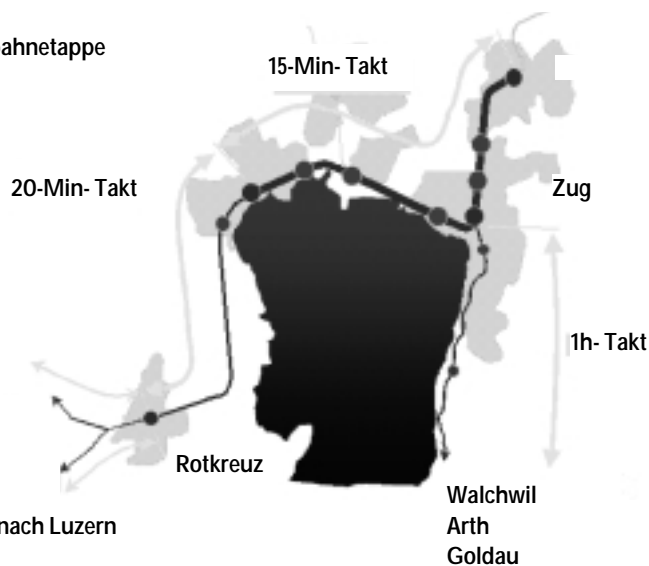
Wie der Verbund zwischen Bus und Bahn eine neue Qualität annehmen

sätzliches öffentliches Verkehrsmittel. Und in den Spitzenzeiten kommt es vor, dass auf der Linie Rotkreuz - Zug auch die Regionalzüge überfüllt sind.

Bulletin: Das heisst, die Stadtbahn müsste eigentlich jetzt schon rollen - wann wird es denn soweit sein?

Martin Bütikofer: Wenn alles optimal läuft, frühestens an Weihnachten 2003.

1. Stadtbahnetappe



kann, illustriert unser derzeitiges Sorgenkind der ZVB: die Linie Cham - Zug. Dort können wir heute in den Spitzenzeiten die Kapazitäten nicht mehr erhöhen, weil der Bus im Stau feststeckt. Mit der Stadtbahn und dem Bus zusammen werden wir dereinst einen 7 1/2-Minutentakt anbieten können. Der Bus erledigt die Feinverteilung optimaler, die Bahn ist schneller, zuverlässiger und bequemer.

Die Stadtbahn löst also nicht den Bus ab, sondern es wird ein neues Verbundsystem geschaffen. Wir müssen auch die Zahlen im Auge haben: Zurzeit wachsen die ZVB-Frequenzen um 4% jährlich - das sind über 20% innert fünf Jahren! Nur schon um das mittelfristige Wachstum zu bewältigen, brauchen wir ein zu-

Es hängt stark von den Verfahren ab, so sind z.B. einige Kompetenzen von der SBB zum Bundesamt für Verkehr übergegangen, was ein Unsicherheitsfaktor ist. Aber Ende 2003 ist das Ziel, an dem ich unbedingt festhalten werde.

Bulletin: Morgen hätte eine spannende Veranstaltung mit dem Vater der Strassburger Stadtbahn stattfinden sollen - leider ist Georges Muller verhindert. Strassburg ist von der Grössenordnung her nicht mit dem Einzugsgebiet einer Zuger Stadtbahn vergleichbar. Kann denn eine Zuger Stadtbahn - oder eine S-Bahn Zentralschweiz je rentieren? Muss sie rentieren?

Martin Bütikofer: Die erste Etappe auf der

bestehenden Infrastruktur wird im Vergleich zum Busbetrieb finanziell gut aussehen. Diese neuen Zugeinheiten sind koppelbar, wodurch die Spitzenzeiten kostengünstiger und einfacher bewältigt werden können: einteilig für 250 Personen, zweiteilig für 500. Die neuen Haltestellen sind für zweiteilige Kompositionen ausgelegt, mit der Option auf Erweiterung zu dreiteiligen Kompositionen mit einer Kapazität von 750 Personen.

Wichtig ist, so einen Prozess in Gang zu setzen, der dann einen weiteren Ausbau auch finanziell interessant macht.

Peter Muheim: Die entscheidende Frage ist doch: Wo bringt ein investierter Franken den grössten Nutzen? Eine gewisse Optimierung von Strassen mag sinnvoll und nötig sein, aber in einer Agglomeration mit ihrer hohen Siedlungsdichte müssen die Hauptinvestitionen in den öffentlichen Verkehr fliessen. Ich habe den Eindruck, in Zug stimmt diesbezüglich die Fragestellung: Weniger nach den reinen Kosten, sondern nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen einer Investition wird gefragt. Wenn dank der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs mehr Leute im Kanton Zug wohnen und arbeiten wollen, stärkt das auch die Steuersituation.

Und die Investitionsstrategie ist entscheidend, denn dort wo investiert wird, findet auch das Wachstum statt. Zwei Beispiele aus Deutschland: Freiburg im Breisgau hat in den öV und den Veloverkehr investiert und konnte den Autoverkehr so auf dem Niveau von 1976 (!) stabilisieren. Köln dagegen hat schwerpunktmässig in den Strassenbau investiert - das Resultat sind noch mehr Staus.

Bulletin: Und wie sieht es mit Park-and-Ride aus?

Peter Muheim: Park-and-Ride innerhalb der Agglomerationen macht wenig Sinn, wenn wir einen ausgebauten Regionalverkehr haben. Park-and-Ride ist

auf dem Land angebracht, wo schwach besiedelte Gebiete an den Regionalverkehr angebunden werden sollen.

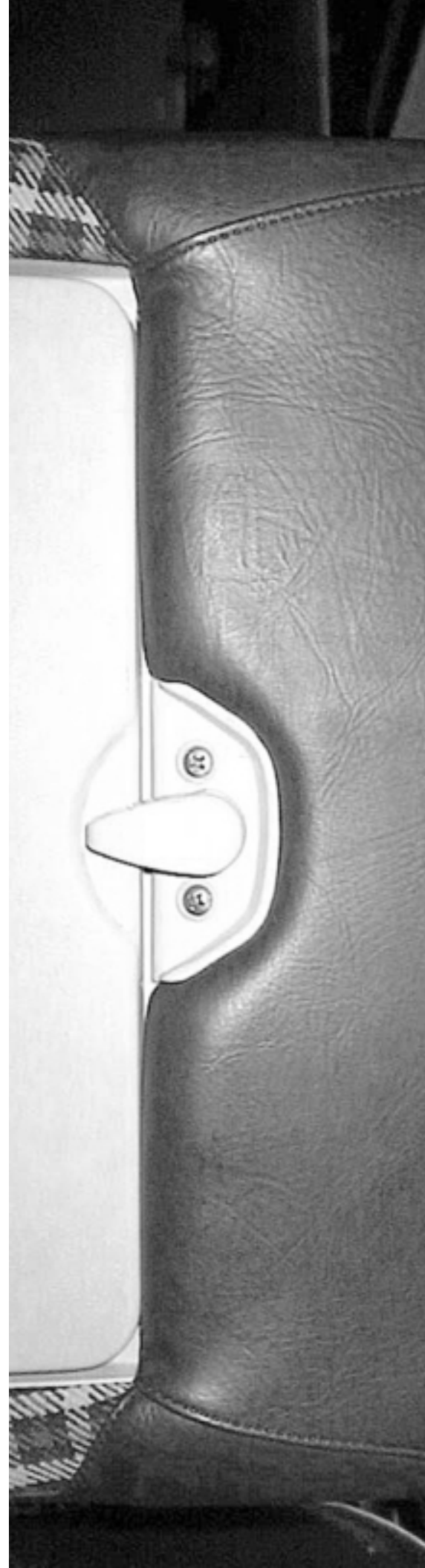
Martin Bütikofer: In der Lorzenebene von Zug macht Park-and-Ride nirgends Sinn. Was es braucht sind genügend Parkplätze bei den Bahnhöfen, die ein flächenmässig zerstreutes Einzugsgebiet haben, z.B. Knonau.

Bulletin: In Zürich wird jetzt neu eine Glattalbahn von knapp 14 km für 380 Mio. Franken geplant - ohne Landerwerb. Kostet der Neubau-Kilometer in der Zentralschweiz auch so viel?

Peter Muheim: Sobald Tunnels mit dabei sind, dürfte die Grössenordnung stimmen. Allerdings fällt beim Tunnel der Landerwerb weg.

Martin Bütikofer: Ein Neubau mit Doppelspur elektrifiziert hat seinen Preis - irgendwo zwischen 15 bis 40 Mio. pro Kilometer. In den Städten fällt der Aufwand für die ganze Verlegung der bestehenden Leitungen im Boden ins Gewicht - allerdings sind dann diese Leitungen erneuert und können auf lange Frist aufs Konto allgemeine Infrastruktur abgeschrieben werden, was die Rechnung für die Geleise entlastet.

Aber generell gilt: Geld in Bahninfrastruktur ist in einem dicht besiedelten Gebiet langfristig immer gut angelegt.



Linke gefordert !

Gross waren Überraschung und Enttäuschung, dass die SVP am 24. Oktober 1999 den linken Sitz erobert hat. Es lässt sich nicht wegdiskutieren: Die Abwahl von Armin Jans ist eine Niederlage der Zuger Linken. Trotz einem hervorragenden Leistungsausweis hat es Armin nicht gereicht. Was sind die Gründe, und welche Perspektiven müssen wir entwickeln?

Von Hanspeter Uster, Wahlkampfleiter Alternative

Sicher kann das Zuger Resultat nicht isoliert vom gesamtschweizerischen Ergebnis betrachtet werden. Die NZZ hat nachgewiesen, dass die Kampagne wegen des Blocher-Briefs ein Bumerang war; sie mobilisierte überdurchschnittlich viele SVP-Wählende. Das erklärt auch, weshalb die Wahlbeteiligung leicht höher war als vor vier Jahren, obwohl aufgrund der brieflichen Stimmabgabe bis in die letzte Woche hinein von einer wesentlichen tieferen Beteiligung ausgegangen wurde. Schliesslich führte die SPS, verglichen mit den Nationalratswahlen 1995, zu den wichtigen Fragen praktisch keine inhaltlich zugespitz-

te Kampagne und wich insbesondere in der Asylfrage der SVP wo immer es ging aus.

... und die Situation im Kanton Zug

Ein gesamtschweizerischer Trend ist zwar, namentlich wegen der elektronischen und überregionalen Medien, nicht leicht umzukehren; mit genügender Mobilisierung, starker kantonaler Präsenz und einer inhaltlichen Kampagne kann ihm aber entgegengesteuert werden. Dies ist zum Teil gelungen. Auch wenn wir eine gemeinsame Liste SP/SGA/Frische Brise und Alternative hatten, führten wir Alternativen eine eigenständige und, wie viele Reaktionen zeigten, auch pfiffige Kampagne, die gut ankam.

Nichts spürbar war hingegen von einem Ruck, der seit dem Herbst 98 durch die Reihen der SP gegangen wäre, nach dem knappen Halten des zweiten Regierungssitzes, zwei verlorenen SP-Kantonsratssitzen in der Stadt Zug und dem Verlust des SP-Stadtratssitzes in Zug.

Was sich auf kantonaler Ebene bereits 1998 abgezeichnet hatte und bei den Baarer Kantonsratswahlen damals schon eintrat, akzentuierte sich bei den Nationalratswahlen 1999: Es gibt vier praktisch gleich grosse Blöcke, und bei drei Sitzen geht der viertplatzierte Block leer aus.

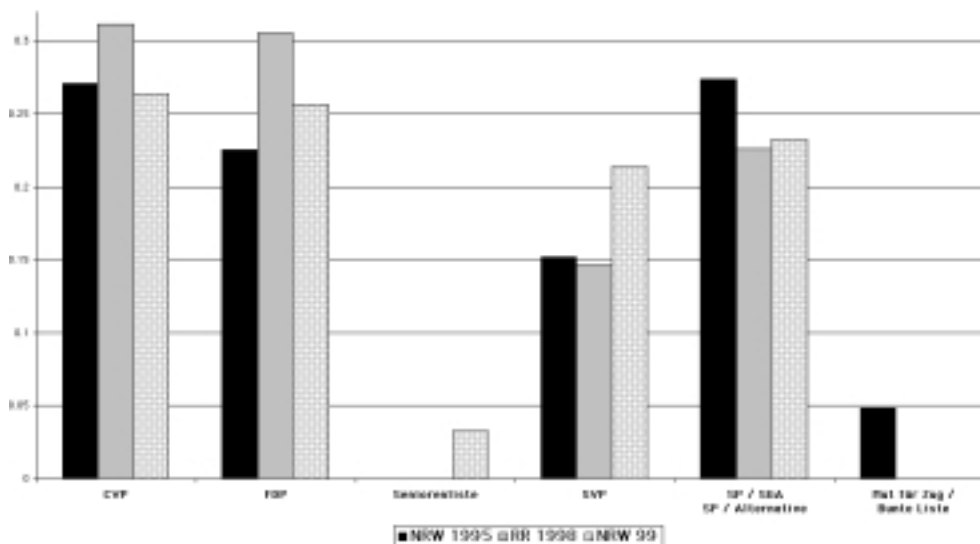
Zwei Listen?

Nach dem Sitzverlust wussten es alle (vor allem auch die, welche im Wahlkampf nie zu sehen waren): Wir hätten mit zwei Listen kommen müssen. Ich bestreite nicht, dass dies wohl etwas gebracht hätte. Nur: Diese Option war theoretisch, denn neben Armin Jans hätten sich fünf Leute finden müssen, die kandidiert hätten. Ich war von Anfang bei den Gesprächen mit der SP dabei, und ausser zwei Männern gab es nie andere Namen, die fielen, vor allem auch keine von Frauen.

Und auch als in der zweiten Maihälfte Manuelas Kandidatur eher unwahrscheinlich war und ich regelmässig im gemeinsamen Wahlausschuss darüber berichtete, brachten die SP-Vertreter keine SP-Frauen ins Gespräch. Hier muss ein Umdenken stattfinden: Auch wenn es aussichtslos scheint, neben einem in allen politischen Lagern anerkannten Bisherigen anzutreten, bringt eine Kandidatur einen gewissen Bekanntheitsgrad für spätere Wahlen (auch auf kantonaler Ebene), und es hilft, den Sitz zu sichern. Wir Alternativen konnten - trotz einer Wahlchance von 0% -, einen Mann und eine Frau für eine Kandidatur überzeugen, nicht zuletzt aus der links-alternativen Verantwortung heraus, den linken Sitz zu sichern.



Stimmenanteile Nationalrats-Regierungsratswahlen 1995 / 1998 / 1999



Wie weiter?

Die prozentualen Anteile zwischen CVP, FDP, SVP (inkl. Seniorenliste) und SP/Alternativen bewegen sich in der Bandbreite von 26,4 (CVP) und 23,3% (SP/Alternative). In Zukunft können also relativ kleine Veränderungen das Bild ganz wesentlich verändern. Das soll uns auch Ansporn sein, nicht aufzugeben, sondern gezielt inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Im zu Ende gehenden Jahr hat die Alternative Fraktion, um nur ein Beispiel zu nennen, in einem der klassischen sozialen Themen, der Spitalpolitik, wichtige Schwerpunkte gesetzt. Das ist der richtige Weg, um uns klar zu konturieren. Es braucht aber künftig nochmals eine Konzentration unserer beschränkten Kräfte auf eine kleine Palette von Themen, auf denen wir regelmässig aktiv sein wollen: Die Ausländer- und Asylfrage offensiv angehen, soziale Themen weiterhin als Fundament linker Politik forcieren, uns in der Armee- und EU-Frage klar positionieren, entscheidendes Gewicht auf die Revision des Steuergesetzes legen sowie

beim Verkehr und in der Raumplanung Ökologie und eine nachhaltige Ökonomie miteinander verbinden.

Gute Zusammenarbeit vertiefen

Zum ersten Mal haben für den Nationalrat nicht nur SGA-Leute kandidiert, sondern mit Manuela Weichelt jemand aus einer alternativen Gruppe. Der daraus entstandene alternative Wahlausschuss hat gut zusammengearbeitet und die bereits bestehenden Kontakte vertieft: neben der Alternativen Fraktion (in der die Mitarbeit Freude macht), eine weitere gute Investition in die Zukunft. Zu überlegen ist aber auch eine Koordinationsgruppe mit der SP, wo Alternative und SP die gemeinsamen Schwerpunkte z.B. halbjährlich abstimmen und regelmässig Bilanz ziehen, was wo umgesetzt wurde.

Weichenstellung am 15. Dezember 1999

Für die weitere Zukunft mitentscheidend wird aber ein Ereignis auf Bundes-

ebene sein: Blochers Bundesratskandidatur. Unabhängig vom Ausgang der Wahl (bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt) wird die Linke gefordert sein, klar und deutlich Stellung zu beziehen. Sowohl ein Bundesrat Blocher (und damit die SP in der Opposition) wie auch eine durch die Nichtwahl Blochers paradoxerweise gestärkte SVP lassen es nicht mehr zu, nach den bisherigen Rezepten weiterzukochen. Dabei sind auch wir Alternativen gefordert.

Stimmen gewonnen - Sitz verloren

Der Pulverdampf hat sich verzogen, der erste Schock über den Verlust des linken Nationalratssitzes ist überwunden - Zeit für eine nüchterne Analyse des Wahlergebnisses, um zu verstehen, was passiert ist und Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Von Martin Stuber, Zug

Es ist erstaunlich, wie wenig der politische Erdbeben im Kanton Zug in den Medien thematisiert wurde. Und ein Erdbeben war! Das beweist eine Analyse der Listenergebnisse. Obwohl die Sitze nach Nationalratsproporz vergeben werden, ist es im Kanton Zug, wo sich die Leute den Listenproporz gewohnt sind, nämlich legitim und sinnvoll, auch die Ergebnisse der Listen auszuwerten. So lassen sich auch aussagekräftige Vergleiche mit den Resultaten von kantonalen Wahlen anstellen.

Ein Blick auf das nebenstehende Diagramm zeigt auf den ersten Blick: es war ein Erdbeben! Innerhalb eines Jahres hat die SVP ihre Listenstimmen verdoppelt und sogar die FDP überholt. Das SVP-Resultat wäre «nach aussen» also noch bes-

ser gewesen, wenn nicht die Panaschierbilanz zwischen SVP, CVP und FDP ganz deutlich zuungunsten der SVP ausgefallen wäre. Die SVP hat hier fast 2000 Parteistimmen verloren. Zug liegt also voll im nationalen Trend, wo der massive elektorale Sprung der SVP sich im Frühling mit Beginn des Kosovokrieges in den Umfragen deutlich abzuzeichnen begann.

Dank SVP national

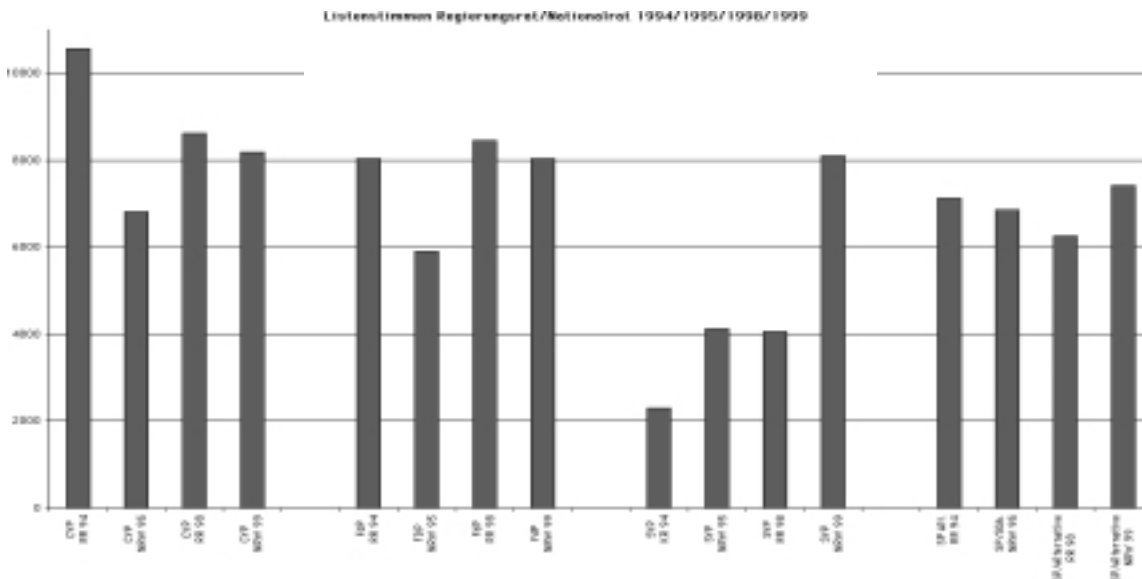
Dass ein beträchtlicher Teil des Zuger SVP-Wahlerfolges national bedingt ist, zeigen ganz klar zwei andere Resultate: Die SVP hat am meisten unveränderte Listen (fast die Hälfte!) - ein deutlicher Hinweis, dass die Leute unabhängig von den KandidatInnen einfach SVP respektive Blocher gewählt haben. Diese Aussage wird erhärtet durch das sehr schlechte Abschneiden des defacto SVP-Chefs Hans Durrer, der in keiner Gemeinde, nicht mal in seinem Wohnort Walchwil, auch nur annähernd an die Stimmenzahl der drei SVP-Nobodies herankam.

Das wie auch die Panaschierbilanz zwischen SVP- und Seniorenliste relativiert die Bedeutung der Seniorenliste. Es stimmt zwar, dass die Listenverbindung

mit der Seniorenliste den Ausschlag gab. Unter Berücksichtigung der Panaschierbilanz, wo die SVP unterm Strich über 1000 Parteistimmen an die Seniorenliste abgegeben hat und mit der berechtigten Annahme, dass ein Teil der Stimmen für die Seniorenliste sonst der SVP zugutegekommen wären, ist die These, dass die SVP es ganz knapp auch alleine geschafft hätte, berechtigt.

Linke Liste mit Stimmenzuwachs...

Der Erdbeben zugunsten der SVP verdeckt etwas die Tatsache, dass auch die linke Liste gegenüber den Regierungsratswahlen vor einem Jahr deutlich zugelegt hat - fast 1200 Listen! Immer in absoluten Listenstimmen gerechnet (was von allen Zahlen die interessanteste ist, weil hinter jeder Liste ein/e WählerIn, ein Mensch steht) wird aus dem Diagramm auch ersichtlich, dass die gemeinsame Liste von SP und Alternativen mehr Stimmen machte als die beiden Listen von SP und SGA vor vier Jahren, als es immerhin um die Eroberung des dritten Sitzes ging. Mit den Listen von Fassbind/Holdener hat die Linke vor vier Jahren in etwa gleich viel WählerInnen mobilisiert.





Von links nach rechts, liegend: Stuber, Weichelt, Jans, sitzend: Leutenegger, Hess und Scherrer, stehend: Hotz, Hegglin, Durrer, Betschard, Robadey. Im Hintergrund: Monika Gisler Locher, daneben, verdeckt: Silvia Thalmann Gut. Leider nicht auf dem Bild: Bär und Kraft.

...aber Stimmenanteile verloren

Der Zuwachs in absoluten Zahlen steht einem Rückgang der Stimmenanteile gegenüber (vgl. Diagramm oben). Denn entgegen dem sonst üblichen Trend, dass eher die Linke von höheren Stimmbeteiligungen profitiert, hat es jetzt ganz klar der SVP genützt - was durch die nationale Vox-Analyse bestätigt wird. FDP und CVP profitierten mobilisierungsmässig gegenüber 1995 von der innerbürgerlichen Polarisierung und der Angst vor einem Sitzverlust.

Eine nähere Analyse der KandidatInnenresultate in den Gemeinden zeigt überdies, dass die SVP auch von der breiteren gemeindlichen Abdeckung profitiert hat. Wird noch die Seniorenliste hinzugenommen, waren alle Kantons-teile mit sechs Gemeinden vertreten, während unsere KandidatInnen nur Zug und Steinhausen abgedeckt haben - und dort die linke Liste jeweils das beste Resultat machte und zur stärksten Kraft avancierte!

Alternative mobilisiert

Was übrigens ein weiterer, deutlicher

Hinweis ist, dass die alternativen WählerInnen mobilisiert werden konnten, denn in diesen beiden Gemeinden hatten die beiden alternativen KandidatInnen auch ihre besten persönlichen Resultate! Die dubiose «Wählerstromanalyse» in der Neuen ZZ, wonach die Hälfte der SGA-WählerInnen nicht zur Urne gegangen seien, können wir getrost zum Altpapier legen...

Umgekehrt hat die SVP ihre grössten Sprünge in Neuheim, Menzingen, Hünenberg und Oberägeri gemacht, was auch auf einen Stadt-Land-Graben hinweist. Dass die CVP viele Bauernstimmen an die SVP verloren hat, zeigt ihr blamables Abschneiden in Menzingen, wo sie trotz (oder wegen?) ihres Bauernspitzenkandidaten Peter Hegglin 10% Stimmenanteil verloren hat.

Ausnahme Baar

Eine Ausnahme ist Baar, wo die SVP ihren grossen Sprung schon vor einem Jahr machte und nun völlig unangefochten stärkste Partei ist. Ist Baar ein zweites Schwamendingen?

Baar ist auch in einer anderen Hinsicht eine Ausnahme: Ein Vergleich zwischen

den Gemeinden zeigt nämlich, dass die linke Liste tendenziell besser abschneidet, wenn sowohl SP wie auch Alternative politisch präsent und aktiv sind. In Baar gibt es zwar SP und SGA, sie sind aber in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit zunehmend als eine Kraft aufgetreten, was sich offenbar nachteilig für das Resultat auswirkt. Ist die These gewagt, dass nur eine eigenständigere, profilierte SGA das oppositionelle, alternative Potential ausschöpfen kann?

Summa summarum:

Getrenne Listen bringen stimmenmässig erst dann etwas, wenn beide Listen mehr Mobilisierungskraft entwickeln und zusätzliche geographische Abdeckung bringen. Es hängt eben viel an der Konstellation und noch mehr an der Politik zwischen den Wahlen. Die SVP hat vorexerziert, was wir Alternative schon längst wissen und in Zukunft wieder mehr beherzigen müssen: Wahlkampf ist immer!

Eine detailliertere Wahlanalyse wird noch vor Jahresende auf www.sga-zug.ch und www.mstuber.ch publiziert.

Die SVP erntet die Früchte der Geistigen Landesverteidigung

Die wichtigste Stärke der SVP ist, dass sie das vertritt, was in diesem Land jahrzentelang offizielle Doktrin gewesen ist. Dies ist die These von Josef Lang, die dieser in einem Tagi-Artikel (4.9.99) am Beispiel der Katholisch-Konservativen ausgeführt hat. Sie gilt aber auch für nationalkonservativ gesinnte ArbeiterInnen und Angestellte, die früher SP gewählt haben. Oder für Rütli-Freisinnige, die sich nicht vom Sonderfall verabschieden wollen. Wir veröffentlichen eine leicht gekürzte Fassung der Tagesanzeiger-«Tribüne».

Von Josef Lang; Bilder Christof Borner-Keller

«Mir wäre lieber, du wärst aus der Kirche ausgetreten als zur SVP übergetreten.» Mit diesen Worten kanzelte kürzlich in den katholischen Stammlanden ein pensionierter Geistlicher seinen Bruder, einen Bauern im Ruhestand, ab. Der

Priester, der zeitlebens in städtischer Umgebung wirkte, ist mit zunehmendem Alter linker geworden. Und der Landwirt, der für Partei, Kirche, Gemeinde, Genossenschaft viel geleistet hat, ist er plötzlich nationalkonservativ geworden oder ist er es einfach geblieben? Warum wechseln so viele katholische BürgerInnen, deren Parteitreue einst legendär gewesen ist, zur protestantisch geprägten (und geführten) SVP?

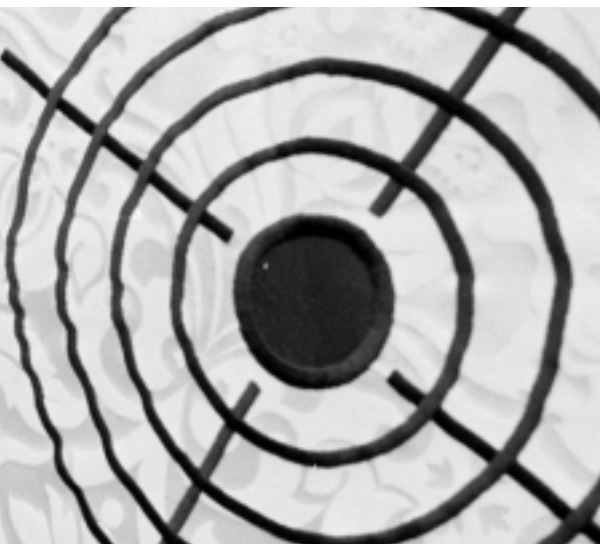
Wer den meist älteren katholischen SVP-Wählerinnen und -Wählern zuhört, der erfährt vor allem Altbekanntes. Die jungen Frauen sollen sich gescheiter ihren Kinder widmen als der eigenen «Selbstverwirklichung». Vor lauter Fremden fühle man sich fremd im eigenen Land. Die «Asylanten» und die Juden wollten bloss profitieren. Die Schweiz könne ihren Wohlstand nur behalten, das «Volk» seine Rechte nur bewahren, wenn es ihre Eigenständigkeit verteidige.

Boden, Berge, Bauern

Die Ernte, welche die SVP in den katholischen Stammlanden einfährt, wur-

de zur Zeit der Geistigen Landesverteidigung gesät - unter Anleitung von katholisch-konservativen Vordenkern wie des Zugers Philipp Etter, Bundesrat von 1934 bis 1959. Dabei ist zu bedenken, dass diese Ideologie die Generation, die im Kalten Krieg erwachsen wurde, ebenso stark geprägt hat wie die Aktivdienstleistenden selber. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die nationalkonservative Hauptströmung mit dem Antikommunismus kompatibler war als mit dem Antifaschismus.

Nirgendwo vermochte sich die Geistige Landesverteidigung derart gut zu verankern, hat sie die kollektive Identität derart stark geprägt wie im ohnehin dichten katholisch-konservativen Milieu. Die Erhöhung der ebenso «frommen» wie «wehrhaften» Innerschweiz zur «Wiege der Nation», die Verschränkung von «Christus-Kreuz» und «Heimat-Kreuz», der Boden-Bauern-und-Berg-Kult, das Landi-«Dörfli», die Gottard-Mythologie haben da stark mitgeholfen. Die SVP reklamiert und zelebriert solche Inhalte und Bilder, wenn auch auf ungehobelte Art.



Nationalistisch und frauenfeindlich

Wessen Geistes Kind die neuen SVP-Wähler in den Stammländern sind, lässt sich beim Bestseller-Autor und späteren Radiosprecher Josef Konrad Scheuber gut ablesen. Der Urschweizer Geistliche und Jugendschriftsteller, der von den 1930er- bis zu den 1960er-Jahren das Denken des katholischen Männervolkes stark beeinflusst hat, bezeichnete die «Eidgenossen» wiederholt als «auserwähltes Volk». 1944 schrieb er in seinem religiös-patriotischen und antisemitischen Buch «Land der Liebe» über das «Wunder Schweiz»: «Auf dem Gotthard kommen von vier Himmelsrichtungen vier Sprachen, vier Rassen herzu - zusammen aber bilden sie ein Kreuz, das lebendige Schweizerkreuz. Vier gleich eins: wenn sie zusammen ein Kreuz bilden.»

Wie der Gotthard ideologisch einzuordnen war, hat der populäre Feldprediger bereits in seinem 1940 erschienen Werk «Gewehr von der Wand!» erklärt: «Das ist unser schweizerischer Alcazar. Hier werden im Ernstfall die 'Helden vom Gotthard' das letzte Stück Schweizer

Boden verteidigen.» Der Burghügel Alcazar diente im Spanischen Bürgerkrieg den franquistischen «Helden» als Widerstandsort gegen die linken Republikaner. Seine erfolgreiche Verteidigung im Jahre 1936 wurde zu einem Symbol der katholischen und faschistischen Rechten.

Im gleichen Buch über das «erste Grenzbesetzungsjahr» widmete sich der Redaktor der katholischen Jugendzeitschriften «Schwizerbueb» und «Jungmannschaft» auch den «Frauen, die keine Kinder haben wollen». Sie seien es «gar nicht wert, dass ein einziger Mann für sie im Felde steht». Deren «rot geschminkte Lippen» und «hoch polierte Fingernägel» seien eine «Maul- und Klauenseuche». In der Jungmannschaft erschien 1938 ein gross aufgemachter Text, der sich wie ein aktuelles SVP-Inserat liest: «Die Schweiz hat über acht Prozent Ausländer...Die Verausländerung der Schweiz macht jedes Jahr durch Zuwanderung von Ausländern, Auswanderung von Schweizern, Einbürgerung von Ausländern und Eingeheirat von Ausländerinnen Fortschritte. Soll das so weitergehen?»

Folgen der Verdrängung

Es rächt sich heute, dass die offizielle Schweiz nach dem Krieg, statt eine geistige und politische Wende und Öffnung zu vollziehen, die nationalkonservativen Dogmata und Vorurteile weitergepflegt und damit verfestigt, die Vergangenheit immer wieder verdrängt statt verarbeitet und gegen die Linke noch 1993 zwecks Beschaffung supermoderner Waffen die erzreaktionären Geister gerufen hat. Es rächt sich weiter, dass Partei und Kirche Kritiken an ihrem scharfen Rechtskurs in den 1930-er und 1940-er Jahren jedesmal als «antikatholisch» oder «links-extrem» abgewehrt haben, beispielsweise 1992, als Philipp Etters Antisemitismus und Anpassertum beleuchtet wurden.

Der eingangs zitierte Geistliche stellte nachträglich in Anspielung auf den Hoffnungsphilosophen Ernst Bloch die rhetorische Frage: «Haben sich die früheren CVP-Wähler und jetzigen SVP-Wähler zur Unkenntlichkeit oder nicht eher zur Kenntlichkeit verändert?»



Film



Nach den köstlichen Animationsfilmen «Mulan» und «A Bug's Life» war «Tarzan» ein schwerer Schock. Man schien vom Hoch in die Talsohle gerissen. Es scheint zum Glück aber nur ein Ausreisser gewesen zu sein, denn nun kommt «The Iron Giant» und schon bald auch der vielversprechende «Toy Story 2».

Wie gesagt, «Mulan» war Klasse, aber der Urwaldindianer hat uns wieder in die Disney-Realität zurückgeholt. In dieser Welt haben alle Kulleraugen und Stupsnasen und so gleicht denn auch das Tarzan-Baby dem Herkules-Baby wie ein Ei dem anderen. Wenn dann Jane mit Stöckelschuhen und Schnürrock in den zu erforschenden Urwald schreitet, ist das etwa so praktisch, wie Phil Collins in Deutsch singen zu lassen. Er könnte auch chinesisch singen, man versteht nämlich kein Wort.



Doch halt: die Rettung kommt in Form eines ca. 15 Meter hohen Roboters der vom Himmel ins Meer vor der Küste von Rockwell anno 1957 fällt. Soeben wurde die Sputnik ins All geschossen, es tobt der kalte Krieg. Annie Hughes ist alleinerziehende Mutter und arbeitet als Kellnerin. Sie kommt deshalb oft erst spät zu ihrem neunjährigen Sohn

Hogarh nach Hause. Letzterer ist ein cleverer Aussen-seiter mit glühender Phantasie, der sich abends gerne gruselige Serien am Fernsehen (natürlich schwarzweiss) anschaut. Als eines Abends plötzlich der Empfang gestört wird, klettert Hogarth auf das Dach. Die Antenne hat sich in Luft aufgelöst und Hogarth folgt Spuren, die in den nahegelegenen Wald führen, wo er bald den riesigen Stahlroboter entdeckt. Hogarth rettet dem Giganten das Leben und die beiden werden dicke Freunde. Trotz Hogarths brillanter Idee, den Roboter auf der Schrotthalde zu verstecken, merken die Einheimischen natürlich nach und nach, dass irgendetwas faul ist. Es ist ja nicht alltäglich, dass man das parkierte Auto so vorfindet, als ob sich jemand einen gigantischen Bissen davon genehmigt hat. Die paranoiden Beamten benachrichtigen sofort die Regie-

zung, die ihrerseits den Agenten Kent Mansley ins Dorf senden, um die Sache zu untersuchen. Der kommt Hogarths Geheimnis bald auf die Spur und ist überzeugt, dass der Roboter eine geheime russische Waffe ist, wodurch es zum militärischen Showdown kommt.

Die Story bietet inhaltlich nicht viel Neues, sondern ist

ein Mix von «Beauty and the Beast» und «E.T.». Etwas weiter geht die Moral des Märchens dann allerdings schon. E.T. war zwar ein unerwünschter Fremdkörper, aber doch nur ein harmloser Kerl. Der eiserne Gigant jedoch kann sich bei Bedarf

«The Iron Giant»

Regie: Brad Bird.

Stimmen: Jennifer Aniston, Harry Connick Jr. uva.

Musik: Michael Kamen.

USA 1999, CinemaScope, Dolby Digital/DTS/SDDS, 86min.

Verleih: Warner Bros.

Start CH-D: 16.12.99

zur unglaublichen Kampfmaschine wandeln. Die zentrale Lehre für die Kids ist also, dass sie eine Wahl haben, wie sie ihr Potenzial einsetzen. Auch wenn sie nicht schaden, lassen uns Erwachsene solche offensichtlichen Belehrungen in der Regel kalt. Doch zum Glück bietet «The Iron Giant» mehr als nur Zeigefinger-Pädagogik. Die Story ist witzig und wird in einer Art erzählt, die nicht mehr Kontrast zu den Disney-Produktionen haben könnte. Da wären zum Beispiel die Zeichnungen (wohlgemerkt im Cinemascope-Format), die in einer 50er-Jahre Marvel-Comics-Ästhetik gehalten sind. Die Menschen sehen dadurch etwas kantig aus, aber eben immer noch wie ganz normale Menschen. Die haben bekanntlich auch ihre kleinen «Fehler», wie etwa Hogarths defekter Schneidezahn und müssen ab und zu auf die Toilette. Dies mag banal klingen, aber bedenken Sie,

dass dies eine amerikanische Produktion ist und da ist ein gezeichnetes Kind auf der WC-Schüssel eine Revolution! Diese Darstellungsweise stellt sich als äusserst erfrischend heraus. Es spielen schliesslich schon genug Models und Superschöne in den Live-Action-Filmen, da brauche ich sie wirklich nicht auch noch in gezeichneter Form.

Ebenfalls wohltuend ist die Tatsache, dass im ganzen Film kein einziges Mal unmotiviert herummusiziert oder -gesungen wird. Die Story wird ganz einfach und geradlinig erzählt und das Schwergewicht liegt bei den zentralen Charakteren. Es gibt keine Nebenfiguren, die nur zum Blödeln da sind und sonst nichts zur Story beitragen. (Zugegebenermassen kann dies, wie der Drache in «Mulan» beweist, durchaus seinen Reiz haben, aber es muss wirklich witzig sein - und bitte nicht in JEDEM Film! Also nicht verpassen, ein Film mit mindestens so viel Herz und Seele wie «E.T.»).

Von Thomas Ulrich

Buch



Der Stapel neben meinem Bett

Meine Freundin Charlotte hat den definitiven Weihnachtskoller. Jetzt schon die Nase voll von Liechtliglimmerschimmer, Samichlausgedichtli und klebrigen Fussböden, weil die Kinder bereits Mitte November den Anlauf für die Adventszeit genommen haben. Und vor allem graust ihr davor, bis zum Abwinken die Geschichte vom glitzernden Weihnachtsstern zu erzählen.

Ich empfehle ihr für die angeschlagene Mutter-Kind-Beziehung das wunderschöne Buch von Solotareff: Der Weihnachtsmann von A-Z. Ein Bilder-Alphabet vom Weihnachtsmann und seinen Wichteln, skurril, schön anzuschauen und witzig zu erzählen, für Kinder genauso geeignet wie für Erwachsene. Und weil es keine Geschichten sind, sondern nur Bilder mit kurzen Texten dazu, kann man nach Lust und Laune weiterfabulieren. Für Bilderbuchliebhaber und Leute mit Lust auf eine etwas weniger moralische Adventsunterhaltung. Schön ausgestattet, gebunden und durchgehend farbig illustriert, ist es zu einem äusserst bescheidenen Preis in den Buchhandlungen erhältlich.

Sie selber sei in nachdenklicher Stimmung, sagt sie, am Sinnieren über das allmähliche Verschwinden der Leidenschaft aus ihrer Ehe, über ihre Beziehungen überhaupt und sie wolle lesend auf dieser Spur bleiben. Ich gebe ihr das Buch von Jens Christian Grondahl: Schweigen im Oktober. Die Geschichte ist schnell erzählt.

Eine Frau geht weg. Sie geht, nach 20 Jahren Liebe und Ehe und ohne ersichtlichen Grund. Ihr Mann verpasst die Gelegenheit sie zu fragen, wohin, wie lange und warum sie geht. Er bleibt zurück mit seinen Gedanken an Astrid, seine erwachsenen Kinder, an den ge-



meinsamen, erfüllten Alltag. Die Gedanken spazieren in zufälligen und doch geordneten Kreisen durch seinen Kopf. Man spürt durch sein Erzählen die Liebe zu seiner Frau, ihre Liebe zu ihm; das Glück scheint manchmal vollkommen, wären da nicht die kleinen Sprünge, Beschädigungen und Geheimnisse, die ganze leise und unauffällig ihre Spuren in der Beziehung hinterlassen. Ich mochte das Buch sehr. Es versetzte mich in eine eigenartig abgehobene Stimmung, und manchmal hatte ich grosse Schwierigkeiten, den leichten Nebel wieder abzuschütteln und im Alltag zu landen.

Ganz anders der autobiographische Beziehungsroman von Connie Palmen: I.M. Ischa Meijer – In Margine, In Memoriam. Da ist man von Anfang an mittendrin, in einer intimen Geschichte von grosser Liebe zwischen der Schriftstellerin und Ischa Meijer, einem bekannten Journalisten. Connie Pal-

men lässt einen ganz nahe treten und miterleben, wie sie sich aufeinander stürzen, ihre Unabhängigkeit aufgeben, sich gegenseitig herausfordern und sich helfen, mit ihren alten Geschichten fertig zu werden. Es ist eine amour fou, aber nicht eine vernichtende, weil sie lösungsorientiert ist und von zwei sehr grosszügigen Menschen gelebt wird.

I.M. stirbt nach vier Jahren, ganz plötzlich, und die Frau bleibt zurück mit einem Schmerz, der sie beinahe umbringt. Für mein eher kühles Gemüt war das Buch eine echte Herausforderung. Es wird viel geweint, gekämpft und erlitten, manchmal ist es auch sehr lustig oder philosophisch. Ich habe es in drei Nächten aufgegessen und noch viel länger daran herumgekaut.

Sehr spannend ist das neue Buch von Herlinde Koelbl: Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie. Neun Jahre lang besuchte die Autorin und Fotografin Männer und Frauen, die in der Politik, der Wirtschaft oder in den Medien erfolgreich sind, begleitete sie auf ihren Karrierewegen mit der Kamera und führte ausführliche Gespräche mit ihnen. Sie hielt so Veränderungen der Persönlichkeit fest, in Wort und Bild; ein eindrückliches Psychogramm über Macht.

Wer sich für Fotografie und Menschen interessiert, sollte unbedingt das Zuger Neujahrsblatt 2000 kaufen: Menschen sind Welten. Drei Fotografen und 14 Autoren porträtieren 64 Zugerinnen und Zuger. Die Gestaltung des Bandes entspricht nicht

ganz meinem Geschmack. Aber die Fotos sind sehr eindrücklich, begleitet von spannenden, einfühlsamen Texten. Ein ideales Buch für neugierige Philanthropen, ein Geschenk für leidenschaftliche ZugerlandbewohnerInnen und überhaupt, ein Band, den man sich selber zu Weihnachten schenken könnte.

Von Ula Schiesser

Literaturangaben:

Solotareff, G. *Der Weihnachtsmann von A-Z*. Arena Verlag. Fr. 15.00

Grondahl, Jens Ch. *Schweigen im Oktober*. Zsolnay Verlag. Fr. 38.30

Palmen, Connie: *I.A.-Ischa Meijer*. Diogenes Verlag. Fr. 39.90

Koelbl, H. *Spuren der Macht*. Knesebeck Verlag. Fr. 90.00

Zuger Neujahrsblatt 2000. *Menschen sind Welten*. Fr. 49.00

Frontal



Timing, die halbe Miete nicht nur in der Politik.

Gut getimed war die politische Konjunktur diesmal für die SVP. Nachdem die massenhafte Kriegsvertreibung der Kosovo-AlbanerInnen der jahrelangen Kampagne der SVP gegen Asylbewerber und Flüchtlinge im richtigen Moment den letzten Kick gegeben hat, ist absehbar, was bei den übernächsten Nationalratswahlen den Nachbrenner spielen könnte: Dannzumal stehen die bilateralen Verträge nämlich hoch-offiziell vertraglich nochmals zur Disposition... Die SVP wird die 40-Töner-Lastwagenflut sicher zu ihren Gunsten «umleiten» können.



Kriminaltaktisch perfekt getimed war offenbar der Überfall auf die reiche Gutsbesitzerin Silvia Göhner. Diese lobte in den Zuger Medien aber die Arbeit der Kantonspolizei. Ihre Forderung, in der Neuen Zuger Zeitung (nZZ), im Kanton Zug brauche es doppelt so viele Polizisten wie heute, hat RR Uster wohl mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Wenn Kantonsrat Peter Rust wie jedes Jahr bei Budget und Rechnung dem Sicherheitsdirektor die zu hohe Polizeidichte im Kanton Zug vorhalten wird, kann Uster cool den ganzseitigen Artikel der nZZ hochhalten

und fragen: «Sonst noch was?»



Suboptimales Timing hingegen bei der Denk-Werkstatt der Zuger SP: am 18. September, präzise in der heissesten Phase des Wahlkampfes, dachten die GenossInnen zweieinhalb Stunden kollektiv nach.

Thema der Denkwerkstatt: «Wie soll die SP Kanton Zug politisieren?» Ort: Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege Zug. Dass ortsbedingt während des praktischen Teils besonderes Augenmerk auf das Thema «Reanimation» gelegt wurde, ist allerdings nur ein böses Gerücht, das davon ablenken soll, dass die SGA 1997 ihre Zukunftswerkstatt in der psychiatrischen Klinik Oberwil abgehalten hat.



Swisscom: sone Saich!



Sorgfältig timen müssen all die Väter, welche gemäss einer Untersuchung sich pro Tag bloss 20 Minuten mit ihren Kindern beschäftigen,

eben diese 20 Minuten: damit die Zeit reicht, um sich vom Nachwuchs den letzten Absturz des PC beheben zu lassen oder um bei den Hausaufgaben die tägliche Englischlektion nicht zu verpassen.

Tief blicken lassen hat das Timing der FDP für ihre Wahlfeier im Parkhotel: Für genau eine Stunde, von 18:00 bis 19:00, «laden wir Sie zu unserem Apéro ein und freuen uns, mit Ihnen über die Wahlergebnisse zu diskutieren.». Zu mehr hat's nicht mehr gereicht, nach so vielen Inseraten...

nen solchen handelte es sich nämlich beim tiffig entsorgten persönlichen Mitarbeiter des Baudirektors...

Kein Trostpflaster: Auf dem Hund ist nicht nur die Linke,



sondern auch der Zuger Tarifverbund:

Da war die SVP hemmungsloser: Per Lautsprecherwagen wurden die Getreuen am Sonntagabend im Ennetsee zum Wahlfest zusammengetrommelt. Voll wurde der Festsaal aber trotzdem nicht...

Apropos hemmungslos: Hautnah erlebte Baudirektor Jean-Paul Flachsmann die bayerische Steigerung des Wortes «Feind»: Feind, Erzfeind, Parteifeind. Um ei-

Fliz



FLIZ FilmLiebhaberInnen-Zug ist der neue Filmclub von Zug. Als Initianten zeichnen Annelies Ursin und Erich Langjahr, die seit 1992 im Burgbachkeller Filme zeigen. Da sehr viele Filme nur mehr im Format 35 mm erhältlich sind, ist eine andere Projektion unabdingbar. FLIZ wird ab 2000 an jedem 2. Montag des Monats im Kino Gotthard in Zug Filme präsentieren. Anschliessend wird in Anwesenheit der Regisseurin, des Regisseurs oder einer Fachperson eine Diskussion zu Film und Thema geboten. Ein solches Konzept ermöglicht, aktuelle Themen aufzugreifen und in Anwesenheit mit den Filmschaffenden zu diskutieren. FLIZ will nicht kommerzielles Kino anbieten, sondern sogenannte Nischenfilme vorführen, die vom Schweizer Dokumentarkino über Filme aus dem Trigon-Verleih (Film aus dem asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Raum) bis zu internationalen Dokumentarfilmen reichen. Starten wird FLIZ am 10. Januar 2000, um 20.00 Uhr, mit «Requiem», einem von Reni Mertens und Walter Marti, dem «ältesten» Filmpaar der Schweiz, produzierten Film (siehe Terminkalender). Vorschau: 7. Februar, «Ein Zufall im Paradies», Matthias von Gunten. Bure Baruta (Goran Paskaljevic), Brigitte und Marcel (Barbara u. Winfried Junge), Closed Country (Kaspar Kasics), Johanna d'Arc of Mongolia (Ulrike Ottinger), Trigon-Filme mit Walter Ruggle.

Info: FLIZ, Postfach 1505, 6301 Zug.

Veranstaltungen



Montag, 10. Januar 2000, 20.00 Uhr, Kino Gotthard Zug

«Requiem», 1992, Reni Mertens und Walter Marti (CH)

Zu Beginn eine Hommage an unsere ältesten Schweizer Filmer (*1918 und *1923), die persönlich anwesend sein werden! «Requiem» ist ein musikalisches Filmgedicht ohne Worte, ein Requiem für die Millionen Soldaten aller Nationen, die im 20. Jahrhundert auf den Schlachtfeldern Europas gefallen sind.

Montag, 7. Februar 2000, 20.00 Uhr, Kino Gotthard Zug

«Ein Zufall im Paradies», 1999, Matthias von Gunten (CH)

Weshalb gibt es eigentlich Menschen? Gibt es ein Zeichen für eine Absicht der Natur? Der Film begleitet Paläoanthropologen und andere Urmenschenforscher auf der Suche nach den immer älteren Spuren unseres Entstehens. Ein faszinierender Doku-Film über den ewigen Traum des Menschen, seinem eigenen Ursprung auf die Spur zu kommen.

29./30./31. Jan. / 1. März Lichterstaffette umverkehr im Kanton Zug

Weitere Informationen in der Tagespresse oder auf www.umverkehr.ch

Monatsbar SGA

!Neu!Neu!

Jeden 1. Donnerstag im Monat!

6. Januar 2000

3. Februar 2000

2. März 2000

6. April 2000

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 4/99, Dezember 1999, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro Bulletin

Adresse: Das Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss,

Layout: Markus Müller

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Bilder Umschlag: Brigitte Weiss, Markus Müller, Urs Bachmann

Chlausbilder: Aus dem Buch: Der Weihnachtsmann von A.-Z. Arena Verlag.

Belichtung und Druck: ropress Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfarbtem Altpapier.

Auflage: 1300

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 1/2000: Montag, 17. März 2000

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 30. März 2000

«Das Bulletin» auf dem Internet unter:

www.sga-zug.ch/bulletin